Polen und Österreich 1920–1938
Zwischen Kooperation und Anschluß

von

Arnold Suppan

Hätte Polen den Anschluß Österreichs 1938 an das Deutsche Reich verzögern oder gar verhindern können? Trug Polen durch seine zwiespältige, zu stark von den eigenen Interessen geprägte Außenpolitik zum Anschluß Österreichs bei? War Außenminister Beck bereit, Österreich zu „opfern", um den „zwanzigjährigen Frieden in Europa zu sichern"? Leistete Polen damit Vorarbeit zu seiner eigenen Niederlage im September 1939?

Diese und ähnliche Fragen beschäftigten immer wieder die polnische wie die internationale Historiographie. Solche Fragestellungen waren nicht zuletzt durch verschiedene Äußerungen führender polnischer Politiker provoziert[1]. So soll Marschall Piłsudski bereits im Juli 1933 gegenüber dem Gesandten Wysocki geäußert haben: „Wir sind bereit, diesen ganzen Anschluß zu verkaufen – wir müssen nur einen guten Preis dafür bekommen"[2]. Der tschechische Historiker und Diplomat Kamil Krofta übermittelte im Februar 1934 an seinen Außenminister Edvard Beneš folgende Aussage des polnischen Außenministers Józef Beck, „Polen interessiere nur Deutschland und Rußland und nichts anderes". Das Desinteresse Polens am Donauraum sei daher – nach Krofta – politische Realität, auch wenn Polen eine geheime Klausel der Nichtangriffserklärung mit Deutschland leugne[3]. Auch der österreichische Ge-

1) Vgl. dazu grundlegend: J. Beck: Dernier rapport. Politique polonaise 1926–1939, Neuchâtel 1951; Diariusz i teki Jana Szembeka [Tagebuch und Briefe Jan Szembeks], Bde. I–IV, hrsg. von T. Komarnicki und J. Zarański, London 1964–1972; J. Gawroński: Moja misja w Wiedniu 1932–1938 [Meine Mission in Wien 1932–1938], Warszawa 1965; J. Laroche: La Pologne de Pilsudski, Paris 1953; Papers and Memoires of Józef Lipski, Ambassador of Poland – Diplomat in Berlin 1933–1939, hrsg. von W. Jędrzejewicz, New York, London 1968; P. Starzeński: Trzy lata z Beckiem [Drei Jahre mit Beck], London 1972; A. Wysocki: Tajemnice dyplomatycznego sejfu [Geheimnisse des diplomatischen Safes], Warszawa 1974; H. Batowski: Austria i Sudety 1919–1938 [Österreich und das Sudetenland 1919–1938], Poznań 1968; R. Dębicki: Foreign policy of Poland 1919–1939, London 1953; T. Kuźmiński: Polska – Francja – Niemcy 1933–1935 [Polen – Frankreich – Deutschland 1933–1935], Warszawa 1963; P. Raina: Stosunki polsko-niemieckie 1937–1939 [Polnisch-deutsche Beziehungen 1937–1939], London 1975; W. Studnicki: Polen im politischen System Europas, Berlin 1935; M. Wojciechowski: Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938 [Polnisch-deutsche Beziehungen 1933–1938], Poznań 1965, dt. Übersetzung 1971; H. Roos: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939, Tübingen 1957.

2) A. Wysocki: Rozmowy z Piłsudskim i Beckiem [Gespräche mit Piłsudski und Beck], in: „Polityka" Nr. 47/820, 18. 11. 1972, S. 11.

3) Bericht Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß, 14. 2. 1934 – Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (weiterhin zit.: HHStA), NPA Polen I/5, Kart. 717 alt, Zl. 58.

sandte Hoffinger berichtete im Februar 1934 an Bundeskanzler Dollfuß, sowohl Staatssekretär Jan Szembek als auch Außenminister Beck hätten auf Befragen kategorisch erklärt, daß die Anschlußfrage mit Deutschland nicht erörtert worden sei. Beide hätten sich aber auch nicht für die Unabhängigkeit Österreichs ausgesprochen und nur ziemlich vage Sympathieerklärungen für Österreich abgegeben. Beck soll dem ungarischen Gesandten erklärt haben, „Österreich interessiere ihn nur handelspolitisch"[4]. Ein Anhänger Piłsudskis äußerte im Herbst 1934 gegenüber dem französischen Botschafter in Warschau, Laroche: „Nous ne recommencerons pas Jean Sobieski"[5].

Der folgende Beitrag will versuchen, wesentliche Entwicklungslinien in der Haltung der polnischen Außenpolitik und der öffentlichen Meinung in Polen zur Frage des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich nachzuspüren und einige bedeutende Motive aufzuzeigen. Die Darstellung basiert einerseits auf Berichten und Stellungnahmen österreichischer Politiker und Diplomaten, andererseits auf publizierten Dokumenten internationaler Provenienz, schließlich auf Warschauer Archivmaterial, das durch eine Wiener Dissertation erschlossen ist[6].

1. Zu den polnisch-österreichischen Beziehungen in den zwanziger Jahren

Zwischen den nicht unmittelbar aneinander grenzenden Nachfolgestaaten Polen und Österreich hatte es nach 1918 in erster Linie administrative, wirtschaftliche, personelle und finanzielle Aufteilungs- und Neuordnungsfragen gegeben[7], wobei für die Republik Österreich die im Artikel 224 des Vertrages von St. Germain der Republik Polen auferlegte Verpflichtung zur unbehinderten Lieferung von Kohle an Österreich für die folgenden 15 Jahre besonders wichtig war. Auf der Basis dieses weiterführenden und zunehmenden Handelsaustausches war zwischen den beiden Ländern bereits am 25. September 1922

4) Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 20. 2. 1934 – HHStA, NPA Österreich, Kart. 101 alt, fol. 48f.

5) Laroche, Pologne (wie Anm. 1), S. 140.

6) Vgl. W. Pobóg-Malinowski: Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945 [Neueste politische Geschichte Polens 1864–1945], Bd. II, Paryż 1953; S. Cat-Mackiewicz: Polityka Becka [Die Politik Becks], Paris 1964; J. Giertych: Pół wieku polityki polskiej [Ein halbes Jahrhundert polnische Politik], Niemcy zachodnie (Westdeutschland) 1947; J. Przegralek: Die polnisch-österreichischen Beziehungen 1933–1938, Geisteswiss. Diss. Wien 1983. In der Arbeit wurden neben Materialien aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) auch Archivalien aus dem Archiwum Akt Nowych (AAN) [Archiv Neuer Akten], Warschau, herangezogen, auf die sich der Autor dieses Beitrages stützt.

7) Zu den schwierigsten Problemen zählte der Flüchtlingsstrom von 1914/15 aus Galizien nach Wien, der nach 1918 in die Optionsfrage einmündete.

eine Handelskonvention unterzeichnet worden. Allerdings harrten im Frühjahr 1923 noch eine Fülle von Detailfragen einer bilateralen Klärung[8].

Der polnische Gesandte in Wien, Lasocki, nannte seinem Außenministerium eine ganze Reihe solcher Probleme: Repatriierung galizischer Flüchtlinge; Vermeidung der Doppelbesteuerung; gegenseitige Anerkennung von Warenprüfungszeugnissen; veterinärpolizeiliche Regelung bei Lieferung von Tieren; Rechtsübereinkommen samt Auslieferungsvertrag; Erteilung von Durchreise- und Einreisebewilligungen; Post-, Telegraphen-, Telephon- und Luftschiffahrtsabkommen; Ankauf von Munition in Österreich für die polnische Armee. Der österreichische Gesandte Post in Warschau wiederum sah in der Sicherung der Approvisionierung Österreichs die wichtigste bilaterale Frage: Zu erörtern wäre der Abbau der polnischen Ausfuhrverbote für Lebensmittel, die Ermäßigung der Ausfuhrtaxen, die Belieferung Österreichs mit Kohle aus Altpolen und Polnisch-Oberschlesien, die Ermäßigung der sogenannten Zoll- und Eisenbahnnebengebühren – auch für den Transit durch die ČSR –, der Abschluß eines Sanitätsabkommens, die gegenseitige Anerkennung der Sozialversicherungen und die Regelung des Rückersatzes für die Behandlung von Staatsangehörigen des anderen Teiles in eigenen Spitälern. Auf politischem Gebiet schlug der Gesandte Post die Besprechung eines Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages vor, weiter die Sondierung „hinsichtlich des Interesses Polens an der Erhaltung der Unabhängigkeit und der finanziellen Sicherung Österreichs"[9].

Diese Frage nach dem Interesse Polens an der Selbständigkeit Österreichs mag verwundern, wenn man – wie Henryk Batowski – die einfache Rechnung anstellt, daß Deutschland in den Grenzen von 1921 vergrößert um die Republik Österreich sowohl flächen- als auch einwohnermäßig das Deutsche Reich von 1914 (ohne Kolonien) übertroffen hätte. Tatsächlich stand Polen 1923 eindeutig auf dem Boden der Bestimmungen der Pariser Vorortevertrage, und der Minister des Äußeren, Marian Seyda, unterstrich diese Haltung in einem Exposé vor dem Senat am 8. Juni 1923. Für die Richtlinien der polnischen Außenpolitik sei entscheidend, daß der Sieg der alliierten Mächte, namentlich die Niederlage Deutschlands, den Grundstein zur Schaffung der Unabhängigkeit Polens gelegt habe. „Das Verhältnis Deutschlands zu Polen und die Gefühle, die Deutschland bekanntlich für Polen hege, erforderten eine

8) F. Fellner: Der Vertrag von St. Germain, in: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, hrsg. von Erika Weinzierl und K. Skalnik, 1. Bd., Graz, Wien, Köln 1983, S. 101; E. Haas: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß, Würzburg 1939, S. 86; J. Kozeński: Austria 1918–1968 [Österreich 1918–1968], Poznań 1970.

9) Bericht Gesandter Post an Bundesminsterium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. 5. 1923 – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt. Vgl. allgemein G. Rhode: Polen von der Wiederherstellung der Unabhängigkeit bis zur Ära der Volksrepublik 1918–1970, in: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, Stuttgart 1979, S. 978–1021.

Kraftanspannung der Nation sowie die Arbeit zur Festigung der Existenz der auf den Trümmern der Zentralmächte geschaffenen Staaten. Diesbezüglich sei ein Zusammenarbeiten der Nationen vom Baltikum bis zum Balkan erforderlich." Minister Seyda wies allerdings auf die Notwendigkeit einer vorherigen Beseitigung der Streitfragen mit der ČSR hin und befürwortete dann „den engen Anschluß Polens an die Regierungen der sogenannten Kleinen Entente". Auch gegenüber Sowjetrußland verfolge die polnische Regierung „friedliche Tendenzen", sie sei jedoch entschlossen, einer Verbreitung der bolschewistischen Bewegung in Polen selbst entgegenzuarbeiten[10].

So stellte sich das ostmitteleuropäische Umfeld für Polen dar, als am 17. und 18. September 1923 Bundeskanzler Seipel zu einem Staatsbesuch nach Warschau kam. Ministerpräsident Wincenty Witos, der führende Bauernpolitiker, lobte in seiner Begrüßungsansprache die österreichische Republik, „daß es ihr gelungen ist, durch ausdauernde und planvolle, auf die Konsolidierung der inneren Verhältnisse gerichtete Arbeit den Weg des Wiederaufbaues des nationalen Wohlstandes zu beschreiten" und gab seiner Zuversicht Ausdruck, „daß die so günstig begonnenen und nach Maßgabe der Konsolidation der ökonomischen Verhältnisse erstarkenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten zur weiteren beiderseitigen Annäherung führen werden". Ignaz Seipel verwies in seiner Antwort auf die Gleichheit der geographischen Lage der beiden Länder und die „Verwandtschaft ihrer Kultur" und hob die „althergebrachten und wahrhaft aufrichtigen Sympathien für Polen" in Österreich hervor. Da es zwischen den beiden Republiken keine politischen Divergenzen gebe und sie auch wirtschaftlich die gleichen Ziele anstrebten, wären sie dazu „berufen, den Vermittler zwischen dem Westen und dem Osten abzugeben". Seipel und Außenminister Seyda einigten sich auf die Paraphierung einer Schiedsgerichtskonvention, auf die Ausarbeitung einer Konsularkonvention, auf die Regelung von Paß- und Visafragen, auf Erleichterungen bei der Ausfuhr von polnischer Kohle nach Österreich und auf die Vorbereitung zur Erweiterung der Handelskonvention[11].

Obwohl Polen Österreichs wichtigster Kohle- und Schweinelieferant wurde und die österreichische Industrie Wollgarne, Seidenwaren, Eisen- und Metallwaren sowie Leder nach Polen lieferte, konnte die für Österreich eher nachteilige Handelskonvention von 1922 vorerst nicht zu einem Handelsvertrag mit Tarifvereinbarungen ausgestaltet werden. Die Konvention litt einerseits an der nur beschränkten Meistbegünstigung für Österreich, andererseits an der polnischen Kontingentpolitik, die durch Zollschutzmaßnahmen gegenüber

10) Batowski, Austria i Sudety (wie Anm. 1), S. 25; „Neue Freie Presse", 10. 6. 1923: „Polens äußere Politik. Exposé des neuen Außenministers Seyda."

11) Begrüßungsansprache des polnischen Ministerpräsidenten Witos und Antwort Bundeskanzler Seipels anläßlich des Diners am 17. 9. 1923 zu Warschau; Protokoll, aufgenommen am 18.9. 1923 in Warschau im Palais des Ministerpräsidenten – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt.

Deutschland und der Zollvalorisierung vom Herbst 1928 noch verstärkt wurde. Als der neue Agrarprotektionismus Österreichs ab 1929 die Ausfuhr Polens schwer zu schädigen begann, schrumpfte der bilaterale Handel innerhalb von vier Jahren auf ein Viertel seines Wertvolumens. Abgesehen von der polnischen Kohleausfuhr gab es ab 1932 nur mehr Lieferungen innerhalb der beiderseitigen Kontingente, und auch der Handelsvertrag vom 11. Oktober 1933 stellte ein Netz von Vertrags- und Präferenzzöllen dar, das keine wesentliche Verbesserung des bilateralen Handelsverkehrs bringen sollte, für Österreich immerhin eine deutliche Verringerung seines Handelsbilanzpassivums. Denn Österreich hatte mittlerweile seine Handelsbeziehungen zu Italien und den Donauländern verdichtet, Polen seinen Zollkrieg mit Deutschland beendet[12].

Gerade diese immer wieder gestörten deutsch-polnischen Beziehungen waren in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mehrmals Thema von politischen Aussprachen zwischen österreichischen und polnischen Repräsentanten. Mitte April 1926 kam der polnische Ministerpräsident Aleksander Graf Skrzyński nach Wien und unterzeichnete mit Bundeskanzler Rudolf Ramek einen Vergleichs- und Schiedsvertrag. In der anschließenden Besprechung, an der auch die beiden Gesandten sowie Generalsekretär Franz Peter und Sektionschef Richard Schüller teilnahmen, wies Ramek sogleich auf seinen jüngst in Berlin gewonnenen Eindruck hin, daß die deutsche Regierung unter Hans Luther und Gustav Stresemann, aber auch Reichspräsident Hindenburg und der Reichstag „die feste Absicht haben, den durch den Locarnopakt einmal eingeschlagenen Weg nunmehr auch unbeirrt fortzusetzen". Skrzyński wollte hingegen seine Besorgnis nicht unterdrücken, daß Deutschland noch vor seinem Eintritt in den Völkerbund eine Bindung mit der Sowjetunion eingehen könnte, die gegen die Satzungen des Völkerbundpaktes verstoße. Auch könne er „nicht an den guten Willen Deutschlands glauben, mit Polen auf handelspolitischem Gebiete zu einem verständnisvollen Einvernehmen zu gelangen". Hier machte Schüller auf die hohen Zölle Polens und sein Verbotssystem aufmerksam und unterstrich: „Österreich habe an der Existenz guter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen das allergrößte Interesse, weil, solange Polen mit Deutschland nicht ins Reine komme, auch Österreich in seinen handelspolitischen Beziehungen zu Polen mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe"[13]. Als Schüller den Grafen Skrzyński auch auf die Möglichkeit der Aufnahme einer Auslandsanleihe durch Polen hinwies, um seine Budget- und Valutaprobleme zu sanieren, sah der polnische Ministerpräsident noch mangelnde Voraussetzungen im nationalpsychologischen Bereich:

12) Haas, Außenhandelspolitik (wie Anm. 8), S. 85–90.

13) Amtsvermerk Generalsekretär Peter über Besprechung zwischen Bundeskanzler Ramek und Ministerpräsident Skrzyński in Wien, 16. 4. 1926 – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt. Vgl. J. K. Hoensch: Geschichte Polens, Stuttgart 1983, S. 265ff.; J. Żarnowski: Społeczeństwo Drugiej Rzeczypospolitej 1918–1939 [Die Gesellschaft der Zweiten Republik 1918–1939], Warszawa 1973.

„Denn eine Anleihe mit irgendwelchen Kontrollbedingungen (Generalkommissär) würde in Polen bei dem entwickelten hohen Nationalgefühl keine Zustimmung finden; dieses hohe Nationalgefühl sei aber wieder notwendig wegen Rußland." Vier Wochen später aber löste Marschall Piłsudski einen Staatsstreich aus und begann mit einer überparteilichen Regierung von Fachleuten und einem scheindemokratischen Regime den Versuch einer Sanierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Ein knappes Jahr danach kam der polnische Außenminister August Zaleski auf der Durchreise nach Wien, und Bundeskanzler Seipel empfing ihn im Hotel Imperial. Die Beamten des Ballhausplatzes hatten Auftrag erhalten, die außenpolitische Lage Polens und die österreichischen Verhandlungswünsche zu skizzieren. Konsul Norbert Bischoff von der Politischen Abteilung bezeichnete die politischen Beziehungen zwischen Polen und Österreich als „freundschaftlich und reibungslos". Umsomehr bedauere Österreich die „ständige, in letzter Zeit noch akuter gewordene Spannung im Verhältnis Polens zu Deutschland (Ostgrenze, Ratssitze, Ausweisungen, deutsche Befestigungen, Zollkrieg)". Nach Auffassung Stresemanns – die dem Ballhausplatz aus Berlin mitgeteilt worden war – liege der sachliche Grund zum Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ausschließlich in der Ausweisungspraxis, wie sie der Wojewode von Polnisch-Oberschlesien Michał Grażyński seit längerer Zeit handhabe. Das polnische Verhältnis zu Rußland – fährt Bischoff fort – scheine unter dem Einfluß der deutsch-polnischen Spannungen einer Periode der Verbesserung entgegenzugehen, und der neue Gesandte in Moskau habe von Piłsudski ausdrücklichen Auftrag, dauernde Verbesserungen der Beziehungen herzustellen. Die Beziehungen zu den übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas seien „eher unbefriedigend", besonders das Verhältnis zur ČSR scheine „augenblicklich wieder einmal auf totem Punkt angelangt zu sein"[14].

Der Leiter der Handelspolitischen Abteilung, der Gesandte Heinrich Wildner, stellte die österreichischen Wünsche in der Handels- und Sozialpolitik zusammen. Die Handelsbeziehungen seien durch einen Handelsvertrag, der die Meistbegünstigung festlege, und durch ein Kontingentabkommen geregelt, das von vier zu vier Monaten erneuert bzw. abgeändert werde. Allerdings gebe es noch keinen Tarifvertrag mit Polen, den die polnische Seite mit einem Veterinärabkommen junktimieren wolle, wogegen jedoch österreichische agrarische Kreise aufträten. Hingegen strebe Österreich schon seit längerem ein Verpflegungsübereinkommen an, da Polen für in öffentlichen österreichischen Krankenanstalten verpflegte Staatsbürger bereits Verpflegungskostenrückstände an Österreich von rund 10 Millionen Schilling aufweise. Daher müsse Österreich seit etwa zwei Jahren von jenen polnischen Staatsangehörigen Ein-

14) Notiz über die außenpolitische Lage Polens, Konsul Bischoff, 3. 3. 1927 – HHStA, NPA Polen I/III, ad Zl. 21.033–13/27, Kart. 716 alt.

reisekautionen einheben, bei denen Verdacht bestehe, daß sie unentgeltlich Spitalspflege in Anspruch nehmen würden[15].

Tatsächlich begann das eineinhalbstündige Gespräch zwischen Seipel und Zaleski mit einer Diskussion über die deutschen Minderheitenschulen in Oberschlesien, wobei der Bundeskanzler es als „verständlich" betrachtete, „wenn die Eltern schließlich wünschen, daß ihre Kinder beide Sprachen lernen". Der polnische Außenminister wies allerdings darauf hin, daß aus der alleinigen Entscheidung der (polnischen) Eltern „ein falscher Schein hinsichtlich der Stärke der deutschen Minderheiten entstehe" und „daß 25 v. H. der Kinder, die die Minderheitsschulen besuchen, in Wahrheit der polnischen Nation zugehören". Seipel unterstrich nun – wie Ramek 1926 gegenüber Skrzyński – die ernstlichen Bestrebungen der deutschen Reichsregierung, „alles im Bereich des Möglichen liegende zu tun, um das Verhältnis Deutschlands zu Polen zu einem wahrhaft guten zu gestalten". Eine besonders kontroverse Frage sei freilich die Behandlung der Deutschen in Polen und ihre Ausweisung. Darauf entgegnete Zaleski, „daß man in Polen noch nicht davon überzeugt sei, daß Deutschland jeden Hintergedanken, sich nach Osten auszudehnen, aufgegeben habe". Sollte die deutsche Regierung derlei Absichten nicht mehr hegen, so werde man unschwer zu einer Regelung aller strittigen Fragen mit Deutschland kommen. Und Zaleski bat Seipel, diesen Standpunkt der polnischen Regierung Berlin wissen zu lassen. Das Finden eines deutsch-polnischen Modus vivendi erwartete Seipel – entsprechend einer Anregung Bischoffs – im übrigen von der Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Zentrum und ähnlich gesinnten Parteien in Polen, da derzeit „leider" mehr die links gerichteten parlamentarischen Gruppen in beiden Ländern auf eine Verständigung hinarbeiteten. Als drittes Thema der internationalen Politik schnitt Seipel sodann das Verhältnis Polens zur Sowjetunion an. Auch dazu antwortete Zaleski ziemlich offen: „Polen könne mit keinem der beiden [großen, Anm. Suppan] Nachbarn eine besondere Bindung eingehen, um nicht in dem anderen Staate eine gewisse Unruhe hervorzurufen"[16]. Erst am Ende des Gesprächs kam Seipel auch auf das spezielle Verhältnis zwischen Österreich und Polen zu sprechen und warf die Frage auf, „warum es noch nicht möglich gewesen sei, zwischen den beiden Staaten einen richtigen Handelsvertrag abzuschließen". Zaleski verwies auf die gründliche Prüfung dieser Frage durch die kompetenten polnischen Ministerien, stellte aber zur Erwägung, „daß Polen seine Handelsbilanz nicht durch eine aktive Zahlungsbilanz auszugleichen vermöge und daher auf die Gestaltung der ersteren die größte Rücksicht nehmen müsse".

15) Notiz des Gesandten Wildner, 3. 3. 1927 – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt.

16) Aufzeichnung von Generalsekretär Peter über Gespräch zwischen Bundeskanzler Seipel und Außenminister Zaleski, Wien, 4. 3. 1927 – HHStA, NPA Polen I/III, Zl. 21.033–13/27, Kart. 716 alt.

Abschließend betonte Seipel das österreichische Junktim zwischen einer Regelung der Spitalsverpflegungskostenfrage und den Einreisekautionen, und Zaleski versprach baldige Klärung dieser Angelegenheit[17].

Wenn auch von wirtschaftlichen Spezialproblemen und der polnischen Schutzzollpolitik geplagt, verlief die Entwicklung der österreichisch-polnischen Beziehungen in den zwanziger Jahren relativ günstig. In den verschiedenen politischen Gesprächen entstand sogar ein gewisses Vertrauensverhältnis, das eine Erörterung der heiklen deutsch-polnischen Beziehungen zuließ. Warschau – und auch Berlin – ersuchten Wien sogar um die Weitergabe bestimmter Informationen zur Beruhigung der 1925/27 bestehenden Spannungen. Der Ballhausplatz konnte also in der internationalen Politik vermittelnd wirken. Sechs Jahre später war er zum Objekt der internationalen Politik geworden, auch zwischen Deutschland und Polen.

2. Österreich als Objekt der deutsch-polnischen Annäherung

Der erste prominente polnische Befürworter des Anschlusses Österreichs an Deutschland war Roman Dmowski gewesen. Noch vor Kriegsende hatte der Führer der Nationaldemokraten in einem Anschluß eine Kompensation für von Deutschland an Polen abzutretende Gebiete gesehen. Auch nach 1918 entwickelte er keine besonderen Sympathien für Österreich und negierte eine österreichische Eigenständigkeit. Mit den Friedensverträgen von 1919 und der französischen Militärhilfe gegen Sowjetrußland waren freilich solche Überlegungen nicht mehr opportun. Mit dem Locarno-Vertrag wurde allerdings das Vertrauen Polens sowohl zu Frankreich als auch zu Deutschland neuerlich erschüttert, und Piłsudski versuchte ab 1926, eine von Frankreich unabhängige Außenpolitik zu führen. So verhielt sich Polen 1931 dem deutsch-österreichischen Zollunionsplan gegenüber durchaus nicht ganz abgeneigt. Denn als über diese Frage in Genf debattiert wurde, traten zwar die Außenminister Briand, Grandi, Henderson, Beneš und Marinković dagegen auf, nur Polens Außenminister Zaleski schwieg, obwohl auch das Argument der Verletzung des Friedens von Versailles angeführt wurde[18]. Die Zukunft der österreichischen Republik hatte man in den Kreisen um Piłsudski schon zu Beginn der zwanziger Jahre eher skeptisch beurteilt. Nach Beck meinte der Marschall schon 1921, daß es zwei Länder gebe, deren Existenz nicht von langer Dauer sein wür-

17) Ebenda. Der deutsche Gesandte in Wien hatte dem Gesandten Wildner eine Aufzeichnung über den Gang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bzw. die Vorgeschichte des deutsch-polnischen „Wirtschaftskrieges" übermittelt. – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642 neu.

18) R. Dmowski: Pisma [Schriften], Lwów 1939, Bd. V, S. 317–328; Batowski, Austria i Sudety (wie Anm. 1), S. 81.

de – er meinte die ČSR und Österreich. Wichtig wäre es nur zu wissen, welches der beiden früher zugrunde ginge[19].

Dennoch waren alle diese Stellungnahmen polnischer Politiker bis 1933 eher „theoretischer" Natur. Das sollte sich mit dem Machtantritt Hitlers schlagartig ändern. Als sich der größere Teil der österreichischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten keinen Anschluß mehr an NS-Deutschland wünschte, begann das Interesse der polnischen Außenpolitik an einem solchen deutlich zuzunehmen. Dafür gab es mehrere Ursachen: das ständig abnehmende Vertrauen in die französische Außenpolitik nach Locarno; die französische Beteiligung an dem von Mussolini entworfenen „Vierer-Pakt" vom Juni 1933, der den deutschen Druck von Österreich auf Polen ablenken sollte; die Angst der Polen, Frankreich könnte sich auf Kosten Polens mit Deutschland verständigen; die Nichtbeteiligung Frankreichs an einer von Piłsudski vorgeschlagenen antideutschen Aktion (Präventivschlag!)[20].

Der neue polnische Außenminister, Oberst Józef Beck, hatte sich in seiner ersten außenpolitischen Erklärung vor dem Sejm am 15. Februar 1933 noch in Zurückhaltung geübt. Man solle die deutsche Revisionspropaganda nicht überschätzen, denn es sei „noch niemandem gelungen, mit Worten eine Änderung des Status Europas herbeizuführen". Und gegenüber Berlin bereits entgegenkommender: „Unser Verhältnis zu Deutschland und zu den deutschen Angelegenheiten wird genau dasselbe sein, wie das Verhältnis Deutschlands zu Polen, also praktisch genommen hängt in dieser Beziehung mehr von Berlin als von Warschau ab. Mit unserem Verhalten liefern wir den Beweis, daß Polen zu einer loyalen und fruchtbringenden internationalen Mitarbeit bereit ist. Polen wird aber nicht dulden, daß es zu einem Spielball in den Händen anderer, wer immer es auch sei, werden sollte"[21]. Dennoch entwickelte sich im Spätwinter und Frühjahr 1933 zwischen Deutschland und Polen eine ziemlich spannungsgeladene Atmosphäre, die von Pressekampagnen und Boykottmaßnahmen gekennzeichnet war, in der sich beide Seiten aber auch darin überboten, „Alarmnachrichten über kriegerische Pläne des anderen Teiles in die Welt zu schleudern". Der österreichische Gesandte in Warschau, Max Hoffinger, der im April 1933 auch Berlin besucht hatte, sprach von einer psychologischen Situation, die von den Begriffen „Revision" und „Prävention" geprägt war. Die Revisionsforderungen Hitlers ließen auf polnischer Seite – nicht zuletzt unter jüngeren Offizieren und Intellektuellen – die Idee eines Präventivkrieges laut werden, die Stände der Regimenter an der Westgrenze würden aufgefüllt, die Befestigungsbauten verstärkt. Freilich konnte auch Hoffinger eine allfälli-

19) Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 9.

20) Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia (wie Anm. 6), Bd. II, S. 552f.; Roos, Polen und Europa (wie Anm. 1), S. 73ff.

21) Geschäftsträger Jordan, Warschau, an Bundeskanzler Dollfuß, 17. 2. 1933 – HHStA, NPA Polen 7/1, Kart. 650 neu. Unterstreichung im Original.

ge Kriegsgefahr nicht abschätzen, „weil der Kernpunkt der Frage, ob Polen einen Präventivkrieg will und sucht, darin liegt, ob ihn der Marschall will, und dies wahrscheinlich auch im Schoße der Regierung kaum einer oder der andere, vermutlich niemand, mit Sicherheit weiß“[22]. Allerdings entwickelte sich in diesen kritischen Wochen auch schon eine andere Linie in Polens außenpolitischer Strategie. Bereits am 3. März 1933 hatte der polnische Gesandte in Berlin, Alfred Wysocki, seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich Hitler auf Grund seiner österreichischen Herkunft bald mit der Anschlußfrage befassen würde, welche ihm viel näher liegen sollte als Danzig und die Korridorfrage. Auch die ČSR dürfte ihn mehr als Polen interessieren. Andererseits betonte Beck gegenüber Hoffinger, daß „Polen im Donauraum keine direkten Interessen habe“ und „von diesen bisherigen Richtlinien der polnischen Politik“ auch nicht abgehen werde[23].

Ab März 1933 begann sich auch die polnische Presse mit dem aufgebrochenen deutsch-österreichischen Konflikt zu beschäftigen. Mit Aufmerksamkeit wurden die gegenseitigen Presseattacken registriert. Das Vorgehen der österreichischen Regierung Dollfuß gegen seine „braunen“ und „roten“ Feinde wurde größtenteils begrüßt, Österreich sogar zu seiner Energie beglückwünscht. Antiösterreichische Tendenzen waren nur hier und da festzustellen: „Unter der Drohung Hitlers erinnert sich Österreich an Sobieski“ (Ilustrowany Kurier Codzienny); Kritik am Antisemitismus Dollfuß': Er stehe auf gleicher Stufe wie Hitler (Nasz Przegląd); der ehemalige k. u. k. Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich sei für den Völkermord an 90000 Einwohnern Galiziens verantwortlich; 30000 sollen ohne Gerichtsverfahren umgebracht worden sein (Ilustracja Polska)[24]. Aber nach einer Unterredung zwischen Hitler und dem Gesandten Wysocki am 2. Mai 1933 fragte sich die europäische Öffentlichkeit bereits, welchen Preis Polen für Hitlers Friedensbereitschaft zahlen werde, und vermutete die Einwilligung zum Anschluß. Die offiziellen polnischen Stellen dementierten heftig. Der französische Botschafter in Warschau, Jules Laroche, befragte wenige Tage darauf sowohl Beck als auch den Leiter der Westabteilung im polnischen Außenministerium, Józef Lipski. Beide versicherten, daß das österreichische Problem mit Hitler nicht erörtert worden sei, und betonten, daß ein Anschluß ein großes Unglück für die polnischen Wirtschaftsinteressen in Österreich wäre. Zweifellos beeinträchtigte die Berliner Unterredung vom 2. Mai aber die gerade erst begonnene Annähe-

22) Berichte Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 14. 3. 1933 und 29. 4. 1933 – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642 neu. Unterstreichung im Original. Vgl. allgemein M. Broszat: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/Main 1972, S. 235–238.

23) Bericht Gesandter Wysocki an Außenministerium, 3. 3. 1933 – AAN, MSZ, Mappe 4502, S. 237.

24) Berichte Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 7. 3., 16. 5. und 19. 5. 1933 – HHStA, NPA Kart. 100 alt; Ebenda, Polen, Kart. 726 alt.

rung zwischen Polen und der ČSR[25]. Die Haltung der polnischen Presse war weiterhin unterschiedlich: Während der regierungstreue „Express Poranny" die Aufforderung brachte: „Über Wien, nicht über Berlin, nach Westen und Süden reisen", prophezeite die „Gazeta Warszawska" einen Sieg des Nationalsozialismus in Österreich und verlangte eine internationale Verständigung für die Zeit nach dem Anschluß. Andererseits kritisierte der konservative Krakauer „Czas" die anderen Donaustaaten wegen der Nichtunterstützung der österreichischen Bundesregierung in ihrem Kampf gegen die nationalsozialistische „Welle"[26].

Die polnische Außenpolitik aber begann in Richtung Ausgleich mit Hitler-Deutschland zu tendieren. So äußerte sich Außenminister Beck Anfang Juni gegenüber Hoffinger bereits recht befriedigt, daß sich nicht nur das Verhältnis zum „großen östlichen Nachbarn" immer besser gestalte, sondern daß sich auch in den deutsch-polnischen Beziehungen „eine erfreuliche Détente" eingestellt habe. Im übrigen habe sich Beck „jeder abfälligen, polemischen oder ironischen Äußerung über die deutsche Politik" enthalten. Dies veranlaßte den österreichischen Gesandten zur Schlußfolgerung, daß auch Marschall Piłsudski die Beziehungen zu Deutschland normalisieren wolle und keine Präventivkriegsabsichen mehr hege[27]. Zweifellos wünschte nun Piłsudski – das laut Hoffinger „tatsächliche Willenszentrum der polnischen Außenpolitik" – eine Entspannung mit Deutschland. Und zu Wysocki äußerte er sich im Juli 1933, als dieser zur Übernahme seines Botschafterpostens nach Italien reisen sollte: „Wir sind bereit, diesen ganzen Anschluß zu verkaufen – wir müssen nur einen guten Preis dafür bekommen." Im übrigen warnte Piłsudski Wysocki vor der Unterstützung der Pläne Mussolinis zur Sicherung Österreichs[28]. Der österreichische Gesandte Hoffinger registrierte im Sommer 1933 ein zunehmendes Interesse der polnischen Presse am deutsch-österreichischen Konflikt und bezeichnete die Tendenz der Berichterstattung sogar als „auf scharf machen". Auch den deutsch-italienischen Gegensatz in der österreichischen Frage stellte man gerne heraus. Im September 1933 veröffentlichte der „Kurier Poranny" einen Artikel über Österreich unter dem Titel: „Die Faschisierung Österreichs ist ebenso gefährlich wie die Hitlerisierung." Im übrigen zweifelte die polnische Presse an Italiens Garantien für die österreichische Unabhängig-

25) Kuźmiński, Polska (wie Anm. 1), S. 115; Lipski, Papers (wie Anm. 1), S. 81, 86; Die polnisch-deutschen und die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen 1933–1939, ed. Polnisches Außenministerium, Basel 1940, S. 15f.

26) Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 21. 6. 1933 – HHStA, NPA Kart. 100 alt.

27) Unterredung Außenminister Beck mit Gesandtem Hoffinger, 8. 6. 1933 – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642 neu.

28) Wojciechowski, Stosunki (wie Anm. 1), S. 374f.; Wysocki, Rozmowy (wie Anm. 2).

keit: „Wird nicht mit der Reinigung des Feldes von politischen Gegnern auch die Agonie der Unabhängigkeit Österreichs beginnen?“[29]

Die polnische Außenpolitik selbst schwankte noch immer zwischen Verhandlungen mit der ČSR und einem Ausgleich mit Deutschland. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Oktober 1933 und die beginnende Aufrüstung beunruhigten Warschau neuerlich, und Piłsudski überlegte wiederum einen Präventivschlag in Kooperation mit Frankreich. Daher bemerkte Beck im September 1933 gegenüber Laroche: „Im Augenblick ist Polen, was die Angelegenheit des Anschlusses anbelangt, desinteressiert und braucht keine Initiative zu ergreifen.“ Im Vergleich zur Äußerung Lipskis – der inzwischen Gesandter in Berlin geworden war – im Mai 1933 war diese Stellungnahme ein deutlicher Rückzug. Die Preisgabe Österreichs war als politisches Denkmodell nähergerückt. Das ließ auch ein gemeinsames Frühstück Becks mit den Reichsministern Neurath und Goebbels in Genf vermuten[30]. Die Verzögerung von über einem Jahr zwischen der Bestellung Jan Gawrońskis als Geschäftsträger und als Gesandter in Wien kann man nur aus Zweifeln am Fortbestand der österreichischen Unabhängigkeit erklären. Schon in einem seiner ersten Berichte im Oktober 1933 meinte Gawroński aus Wien: „Es gibt keine Überlebenschancen für Österreich, wenn sich das Ausland nicht dafür einsetzt.“ Er meinte auch, daß die Zeit für den Anschluß arbeite[31].

Am 31. Oktober 1933 gab Józef Beck eine weichenstellende Direktive an die polnischen Vertretungen im Ausland. Die polnische Politik sollte daraus Nutzen ziehen, daß die Hitlerbewegung – aus Süd- und Westdeutschland stammend – mehr Interesse an Österreich und den anderen deutschen Siedlungsgebieten als an denen in Polen hätte. Die Spannungen sollten daher von Polen weg dorthin gelenkt werden. Dafür sei eine Fortdauer der Entspannung mit Deutschland, ein Desinteresse Polens am Anschluß und an der Sicherheit der ČSR notwendig. Man sollte sogar der deutschen Aufrüstung nicht mehr im

29) Berichte Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 22.9. und 12.10.1933 – HHStA, NPA Kart. 100 alt. Nach einer der Wiener Bundes-Polizeidirektion „aus verläßlicher Quelle zugekommenen vertraulichen Information über die Außenpolitik der Republik Polen gegenüber Deutschland“ vom 15. 8. 1933 soll der polnische Ministerrat am 9. August 1933 zum Schluß gekommen sein, „daß die deutsche Gefahr weder durch das Anwachsen der inneren politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland selbst, noch auf dem Wege der Fortsetzung einer Politik der Verständigung und neuer Kompromisse beseitigt werden kann, sondern allein und ausschließlich mit Hilfe der Waffen, durch einen Präventivkrieg.“ – HHStA, NPA Polen 7/1, Kart. 650 neu.

30) J. Laroche: Polska lat 1926–1935 [Polen in den Jahren 1926–1935], Warszawa 1966, S. 134, französische Ausgabe: Paris 1953 (wie Anm. 1); Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 28. 9. 1933 – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642 neu.

31) Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 34, 37; Bericht Geschäftsträger Gawroński an Außenministerium, 13. 10. 1933 – AAN, Botschaft Berlin, Mappe 30, S. 134.

Wege stehen[32]. Am 16. November 1933 hatte Europa die Nachricht über ein polnisch-deutsches Kommuniqué zur Kenntnis zu nehmen, nachdem am Tag zuvor eine Unterredung zwischen Hitler und Lipski stattgefunden hatte. Die bereits von Goebbels „amtlich inspirierten" deutschen Zeitungen versuchten noch, die Unterredung herunterzuspielen. Es handle sich weder um ein Ostlocarno noch um einen Nichtangriffspakt, sondern lediglich um Verhandlungen zur Entspannung der Lage im Osten. Die Initiative dazu sei von Polen ausgegangen. Bei den vorgesehenen Verhandlungen ginge es für Deutschland um die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen, um die Behandlung der deutschen Minderheiten-Presse in Ostoberschlesien und um die Bereinigung wirtschaftlicher Probleme[33].

Die zwischen Hitler und Lipski ausgetauschten Erklärungen vom 15. November 1933 erregten hingegen in der polnischen Presse „ungeheures Aufsehen". Die Regierungspresse sprach von der hohen Wichtigkeit der beiderseitigen Deklarationen für die polnisch-deutschen und die gesamteuropäischen Beziehungen. In der Öffentlichkeit wurde geflissentlich verbreitet, daß der neue politische Schritt „aus dem eigensten Konzept des Marschalls hervorgegangen" sei. Ausgehend von der Kritik eines Oppositionsorgans versuchte Hoffinger sachlich zu analysieren: „Nicht das, was in Berlin gesprochen wurde ist wichtig, sondern der Umstand, dass die polnische und deutsche Regierung sich entschlossen haben, gerade jetzt diese Erklärungen zu erneuern und ihnen so große Bedeutung beizumessen"[34]. Als vermutliche Motive und Konsequenzen faßte der österreichische Gesandte zusammen: „Es liegt beiderseits eine Abkehr von der Theorie der Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung vor. Ob sie auch tatsächlich dauernd ganz zu vermeiden sein wird, ist allerdings zweifelhaft." „Die Leiter der polnischen Politik sind aber offenbar zur Überzeugung gelangt, daß auch eine auf eine kürzere oder längere Reihe von Jahren befristete Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen ein Gewinn ist." Es entspreche ganz der Linie der Piłsudskischen Politik, zu demonstrieren, daß Polen durchaus nicht auf die Gnade seines Verbündeten Frankreich angewiesen sei. Nach dem Nichtangriffspakt mit der UdSSR 1932 habe der Marschall nun auch seinem östlichen Nachbarn signalisiert, daß Warschau durchaus nicht der gefährdetere Partner sei. (Dies war, wie anzunehmen ist, ein freilich geostrategisch unhaltbares Wunschdenken.) Im Verhältnis zu Deutschland sei jedenfalls mit den Erklä-

32) Diariusz i teki Jana Szembeka (wie Anm. 1), Bd. I, Dok. 34; Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 28–33.

33) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (weiterhin zit.: ADAP), Serie C, Bd. 2, Teil 1, Nr. 69 und 70; Broszat, Polenpolitik (wie Anm. 22), S. 241; Lipski, Papers (wie Anm. 1), S. 99ff.

34) Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 21. 11. 1933 – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642 neu. Sperrung im Original. – Vgl. die Unterrredung vom 2. 5. 1933, oben S. 597f., mit Anm. 25.

rungen vom 15. November 1933 „wohl der Rubikon des Präventivkrieges in umgekehrter Richtung überschritten" worden[35].

Einige Diplomatenkollegen mutmaßten allerdings Hoffinger gegenüber, „daß sich die polnisch-deutsche Konversation in der Richtung bewegt habe oder doch bewegen werde, daß Polen für das Ruhenlassen der deutschen Ostprätentionen Deutschland freie Hand in der Richtung Österreich lasse". Der österreichische Missionschef hielt dies „für äußerst unwahrscheinlich", da Deutschland kein Interesse daran haben könne, „Polen durch solche Verhandlungen gewissermaßen ein Mitspracherecht in der Anschluß-Frage zuzuerkennen, da sogar ein förmliches Desinteresssement Polens ihm wenig oder nichts nützen würde". Staatssekretär Graf Szembek bezeichnete jedoch solche Gerüchte von einer polnisch-deutschen Konversation über den Donauraum und Österreich „als Schulbeispiel müßiger Journalisten-Kombination"[36]. Die „Reichspost" reagierte erst am 2. Dezember und lehnte dann die französischen und italienischen Vermutungen ab, daß die Deutschen von Polen freie Hand für ihr Handeln in Österreich erhalten hätten. Polen habe in Österreich viele politische und wirtschaftliche Interessen, die mit der staatlichen Existenz Österreichs zusammenhingen. Die „Neue Freie Presse" bezeichnete den polnischen Schritt in Berlin gar als eine Fortsetzung der Politik, die zur Erhaltung des europäischen Friedens führe. Immerhin hatte sich die „Reichspost" schon am 11. Oktober 1933 gefragt, ob diese deutsche Friedensbereitschaft mit Polen nicht dadurch zu erklären sei, daß das Reich freie Hand für sein Handeln in Österreich haben wolle[37].

Auch Dollfuß versuchte in einem Gespräch mit Gawroński am 21. November 1933, die negativen Auswirkungen der polnisch-deutschen Annäherung für sein Land zu bagatellisieren, und hoffte auf die Einleitung einer friedlichen Etappe in den deutsch-österreichischen Beziehungen. Als aber der Pariser

35) Zwar sei die nationalistische Opposition in Polen „natürlich aufs Äußerste aufgebracht", eine Bedeutung komme aber – nach Hoffinger – dieser Opposition nicht zu, „da die äußere Politik in Polen der Ingerenz der Parteien entrückt ist, und der Marschall weniger sichtbar aber ebenso unbeschränkt wie Mussolini oder Hitler den Gang der Politik regelt". – Unterstreichung im Original.

36) Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 21. 11. 1933 mit Nachtrag vom 25. 11. 1936 – HHStA, NPA Polen II/1, Kart. 642.

37) „Reichspost", 11. 10. und 2. 12. 1933; „Neue Freie Presse", 20. 12. 1933; vgl. auch den Artikel des jugoslawischen Gesandten in Berlin, Balugdžić (Pseudonym: X. Y. Z) in der Belgrader „Politika", 26. 11,. 1933: „Deutschland und Polen": „Denn in Warschau sind sie sich immerhin dessen bewußt, daß ihnen alle nur möglichen Nicht-Angriffspakte nicht den Korridor werden erhalten können, wenn es von neuem zu einer allgemeinen Konflagration kommen sollte." Der erste tschechoslowakische Politiker, der zu den deutsch-polnischen Erklärungen vom 15. November 1933 Stetllung nahm, war Karel Kramář mit einem Leitartikel in seinen „Národní Listy" vom 26. 11. 1933: „Nicht-Angriffspakte und Abrüstungsformeln sind keine Garantien für den Frieden, sondern nur eine große, mit allen modernen Kampfmitteln wohl ausgerüstete Armee!"

„Journal des Debats" behauptete, Hitler verlange von Polen ein Desinteressement im Falle der politischen Gleichschaltung Österreichs, beauftragte Dollfuß Generalsekretär Peter mit einer entsprechenden Anfrage an den polnischen Geschäftsträger. Gawroński teilte daraufhin die Bestätigung aus Warschau mit, die österreichischen Angelegenheiten seien in den Berliner Gesprächen nicht einmal erwähnt worden[38]. Hoffinger wies Beck am 12. Dezember 1933 auf Pressemeldungen hin, die in die polnisch-deutsche Annäherung „eine Art Kuhhandel" hineininterpretierten, „bei dem Polen als Gegenwert für das Ruhenlassen der deutschen Ostfragen Deutschland freie Hand im Donauraum zugesichert habe". Der Oberst wies alle solche Kombinationen „als völlig haltlos" zurück. Oberster Grundsatz der polnischen Außenpolitik sei es, „daß niemals in Verhandlungen zwischen zwei Staaten in die Rechte oder Interessen Dritter eingegriffen werde". Es wäre daher geradezu „der Gipfel der Unlogik und Unvorsichtigkeit", wenn Polen „über den Kopf Dritter hinweg verhandeln und sie zum Objekt der Politik machen wollte". Obwohl der französische Botschafter Laroche den österreichischen Gesandten warnte, daß, „falls die polnisch-deutsche Détente Dauer und Festigkeit gewinne, ein gewisses Désinteressement Polens im Donauraum sich automatisch daraus ergeben werde", hielt Hoffinger auch noch Ende 1933 sein Vertrauen in die Außenpolitik Polens aufrecht. Er sah im Abrücken Polens von Frankreich eine Notwendigkeit, weil „der Schutz Frankreichs allein nicht ausreichen würde", um Polen vor Deutschland zu schützen[39]. Auch verschiedene österreichische Zeitungen verbreiteten Anfang Dezember 1933 das Gerücht, daß Polen bei seinen Gesprächen in Berlin Deutschland für sein Handeln in Österreich freie Hand zugesprochen hätte. Gawroński dementierte zwar diese Gerüchte, aber der Politische Direktor Hornbostel ließ der Quelle dieser Nachrichten nachgehen und teilte Gawroński mit, daß diese Gerüchte aus der jugoslawischen Gesandtschaft in Berlin stammten. Jugoslawien wünsche sich den Anschluß, um den in diesem Falle zu erwartenden Einmarsch italienischer Truppen in Österreich ausnützen zu können und Kärnten und einen Teil der Steiermark an sich zu reißen[40].

Da die am 26. Jänner 1934 abgeschlossene, auf zehn Jahre befristete Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Polen keine Nichtangriffsklausel gegen einen dritten Staat enthielt, vermutete man in Paris ein geheimes Zusatzprotokoll gegen Österreich. Österreich fühlte sich durch diese Erklärung ernsthaft bedroht, und Dollfuß bezeichnete sie als einen großen Schritt auf

38) Bericht Geschäftsträger Gawroński an Außenministerium, 21. 11. 1933 – AAN, Botschaft Berlin, Mappe 30, S. 181ff.; Weisung Bundeskanzler Dollfuß an Generalsekretär Peter, 24. 11. 1933 – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 26.429, Kart. 717 alt.

39) Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 12. 12. 1933 – HHStA, NPA Polen II/1, G. Zl. 99.164, Kart. 642 neu.

40) Bericht Geschäftsträger Gawroński an Außenministerium, 11. 12. 1933 – AAN, MSZ, Gesandtschaft in Wien, Mappe 3438, S. 1.

dem Wege zum Anschluß. Dollfuß meinte zu Gawroński, Polen habe Deutschland einen diplomatischen Erfolg ermöglicht, der Österreich der letzten Rettungschance beraube; dadurch könnte ein Feuer entflammt werden, das mit der Zeit alle zerstören werde[41]. Die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung bedeutete zwar nicht, daß Polen sich für die Durchführung des Anschlusses einsetzen wollte; sie schloß aber jede proösterreichische Aktivität Polens aus. Nach polnischer Absicht sollte sich Deutschland durch sein Engagement in Österreich die Feindschaft der anderen Mächte zuziehen. Andererseits berichtete Lipski am 16. Februar 1934 aus Berlin, daß das Reich diese Angelegenheit schon nicht mehr verschieben könne, ohne für lange Zeit seine Chance zu verlieren. Piłsudski und seine Militärs betrachteten jedenfalls die Entspannung mit Deutschland als Atempause; Beck hoffte, zu einer echten Entspannung zu kommen; Szembek wollte gar eine noch engere Bindung an das Reich einleiten, aber Beck war dagegen. Österreich war bis zu einem gewissen Grad ein Objekt der polnisch-deutschen Beziehungen geworden, obwohl die Wilhelmstraße immer wieder beunruhigt war, ob Polen nicht doch Interesse an einer Festigung der österreichischen Unabhängigkeit haben könnte. Diese Sorge war freilich unbegründet; daran konnten die wenigen scheinbar proösterreichischen Äußerungen polnischer Politiker nichts ändern[42].

Auch die Politik der Nationaldemokraten (Endecja), die immer antideutsch blieb, setzte sich kaum für die österreichische Angelegenheit ein; hier wirkten offensichtlich Ressentiments aus dem Ersten Weltkrieg nach. Immerhin hatten in der Debatte über das Budget des Außenministeriums am 6. Februar 1934 die Abgeordneten Stanisław Stroński von der Nationaldemokratie und Langer von der Bauernpartei die Erklärung kritisiert, und der Sozialist Kazimierz Czapliński warf der Regierung vor, die Nichtangriffserklärung ermögliche Hitler, seinen Druck anderswo zu verstärken, wie z. B. gegen Österreich. Die „Gazeta Warszawska" warnte Anfang Februar 1934, ein Anschluß würde nur das deutsche Potential um 7 Millionen Menschen stärken und letzten Endes nur den Druck gegen Osten vermehren. Andere Zeitungen schrieben nach dem österreichischen Bürgerkrieg Mitte Februar 1934, die Frage der österreichischen Unabhängigkeit existiere nicht mehr – es gebe nur noch die Frage, wem Österreich zufallen werde: Italien oder Deutschland[43].

Die polnischen Politiker mußten in diesen Wochen viele Anfragen ausländischer Vertreter beantworten, die immer wieder nach dem „Verkauf" Öster-

41) Kuźmiński, Polska (wie Anm. 1), S. 156; Wojciechowski, Stosunki (wie Anm. 1), S. 121; Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 118f.; K. Lapter: Pakt Piłsudski – Hitler [Der Pakt zwischen Piłsudski und Hitler], Warszawa 1962, S. 189; Polnisch-deutsche Beziehungen (wie Anm. 25), Nr. 10.

42) Roos, Polen und Europa (wie Anm. 1), S. 258; Przegralek, Beziehungen (wie Anm. 6), S. 99f.

43) Lapter, Pakt (wie Anm. 41), S. 181; Berichte Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 3. 2. und 7. 2. 1934 – HHStA, NPA Kart. 101 alt; „Robotnik", 22. 2. 1934; „Gazeta Polska", 22. 2. 1934.

reichs an Deutschland fragten. Piłsudski selbst versicherte Laroche und dem rumänischen Gesandten, Polen habe mit Deutschland keine Verhandlungen über Österreich geführt. Auch Hoffinger bekam solche Zusicherungen von Szembek. In Prag teilte der stellvertretende Außenminister Krofta seinem Chef Beneš eine Aussage Becks aus Genf mit: „Polen interessiere nur Deutschland und Rußland und nichts anderes." Und Krofta ergänzte, daß das Desinteresse Polens im Donauraum eine politische Realität sei. Gegenüber dem ungarischen Gesandten äußerte sich Beck: „Österreich interessiere ihn nur handelspolitisch"[44].

Andererseits versuchte Gawroński, die österreichische Regierung davon zu überzeugen, daß Beck nach der Nichtangriffserklärung Österreich „freier und nachdrücklicher in seinem Konflikt mit Deutschland [werde] unterstützen können". Deutlicher wurde lediglich der polnische Botschafter in Paris, Alfred Chłapowski, wenn er dem österreichischen Gesandten Egger gegenüber erklärte, Polen hätte es satt, daß man solange über den „Korridor" gesprochen habe. Polen habe es vorgezogen, statt dessen mehr über das Saargebiet zu sprechen. Noch präziser war das Urteil eines Beamten des Foreign Office, der Pakt mit Polen gebe Hitler „freie Hand" gegenüber Österreich; als Folge werde sich Hitler eines Tages gegen Polen wenden können. Außenminister Beck aber sprach in seinem Exposé vor dem Sejm am 5. Februar 1934 von „un apport effectif à la consolidation de la paix européenne"[45].

Dollfuß ließ am 6. Februar 1934 den deutsch-österreichischen Streit – freilich in abgeschwächter Form – vor den Völkerbund bringen; aber der damalige Präsident des Völkerbundrates, Józef Beck, sprach sich gegen eine Erörterung der österreichischen Beschwerde aus. Nach gescheiterten Kontaktnahmen mit der Regierung Dollfuß im November und Dezember 1933 hatten die Nationalsozialisten im Jänner 1934 Österreich mit einer neuen Terrorwelle überzogen. Aber Beck wollte nur im Interesse des Völkerbundes handeln und sich nicht durch die österreichische Frage in seiner Entspannung zu Deutschland stören lassen. Gegenüber dem französischen Außenminister Barthou erklärte Beck im April 1934 seine Haltung folgendermaßen, er wolle nicht die Autorität des Völkerbundes aufs Spiel setzen, weil er wisse, daß Deutschland nicht nach Genf kommen würde. Außerdem sei Polen am österreichischen Problem nicht interessiert. Trotz der Erklärung der drei Großmächte für die österreichische

44) Przegralek, Beziehungen (wie Anm. 6), S. 104; Bericht Gesandter Marek, Prag, an Bundeskanzler Dollfuß, 14. 2. 1934 – HHStA, NPA Polen, Kart. 717 alt; Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 14. 2. 1934 – HHStA, NPA Kart. 101 alt.

45) Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 116; Bericht Gesandter Egger, Paris, an Bundeskanzler Dollfuß, 30. 3. 1934 – HHStA, NPA Polen, Kart. 717 alt; Polityka Ministra Becka w świetle dokumentów Foreign Office [Die Politik des Ministers Beck im Lichte der Dokumente des Foreign Office], hrsg. von T. Piszczkowski, London 1971, S. 114; Résumé de l'exposé du Ministre des Affaires Etrangères, 5. 2. 1934.

Unabhängigkeit vom 17. Februar 1934 hatten auch Italien und Großbritannien eine Klage gegen Deutschland vor dem Völkerbund nicht für opportun gehalten. Sogar der österreichische Völkerrechtler Alfred Verdroß riet Dollfuß von einer Klage ab, da Deutschland nur verärgert werden und Österreich eine Enttäuschung erleben würde. Im übrigen seien dritte Staaten am Fortbestand des „Bruderstreites" interessiert[46].

In Polen gab es auch kritische Stimmen gegen den neuen Kurs der Außenpolitik. So soll – gemäß „Reichspost" – der ehemalige Ministerpräsident General Władysław Sikorski die polnisch-deutsche Annäherung abgelehnt haben, da Polen unter anderem für einen Verrat an Österreich gewonnen werden solle. Auch oppositionelle Gruppierungen kritisierten bis Anfang 1935 die polnische Außenpolitik. Andererseits sangen anläßlich einer Festakademie zu Ehren des Namenstages von Marschall Piłsudski (19. März) seine ehemaligen Legionäre im „Teatr Polski" Spottlieder über k. u. k. Generäle. Danach zog man eine Pappendeckelfigur über die Bühne, die eine verblüffende Ähnlichkeit mit Kaiser Franz Joseph hatte. Hoffinger protestierte beim Chef des diplomatischen Protokolls Romer, der von einem Irrtum sprach[47].

Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Haltung der polnischen Außenpolitik gegenüber der Anschlußfrage leistete der diplomatische Vertreter Polens in Wien, Jan Gawroński. Schon zu Beginn seines Wiener Aufenthaltes als Geschäftsträger, seit Oktober 1933, knüpfte er Kontakte zur nationalsozialistischen Opposition in Österreich. Weder sein zuständiger Abteilungsleiter in Warschau, Kunicki, noch der stellvertretende Außenminister Szembek waren über diese Beziehungen erbaut. In seinen Berichten zum österreichischen Bürgerkrieg 1934 prophezeite er das Überlaufen der geschlagenen Sozialisten zu den Nationalsozialisten und gab die Hauptschuld an den Ereignissen der Heimwehr. Andererseits freute er sich über das Mißlingen des ausgerufenen Generalstreiks. Unangenehmer wurde für den Ballhausplatz aber die enge Kontaktnahme Gawrońskis zum neuen deutschen Gesandten Franz von Papen nach dem Juliputsch 1934. Der Gesandte des Deutschen Reiches „in besonderer Mission" lobte noch 1945 die „Initiative" und das „bezaubernde Benehmen" des ausgezeichneten Reiters, Jägers und Sportsmannes Gawroński und sprach von einer engen Freundschaft zwischen den beiden Familien. Freilich war Gawrońskis Auftreten in Wien durch Beck und Piłsudski gedeckt. Und natürlich wurde Gawrońskis Zusammenarbeit mit Papen vom tschechoslowa-

46) Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 124; Bericht Gesandter Egger an Bundeskanzler Dollfuß, 4. 5. 1934 – HHStA, NPA Polen Kart. 718 alt; Bericht Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß, 12. 2. 1934 – HHStA, NPA Kart. 115, BKA G. Zl. 51.207; Dr. Verdroß an Bundeskanzler Dollfuß, 23. 2. 1934 – HHStA, NPA Kart. 115, BKA G. Zl. 51.476.

47) „Reichspost", 22. 6. 1934: „General Sikorski warnt Polen"; Kuźmiński, Polska (wie Anm. 1), S. 217; Bericht Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß, 21. 3. 1934 – HHStA, NPA Polen, Kart. 721 alt.

kischen Gesandten Zdeněk Fierlinger und seinem französischen Kollegen Gabriel Puaux mit Mißtrauen beobachtet[48].

3. Zwischen Donaupakt und Juliabkommen

Wichtige Aufschlüsse zur polnischen Österreich-Politik sollte der Vertrag von Rom zwischen Mussolini und Laval vom 7. Jänner 1935 vermitteln. Hauptziel des Vertrages war die Bildung eines Donaupaktes zwischen Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn, der ČSR und Jugoslawien; auch Frankreich, Polen und Rumänien sollten beitreten können. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Paktes sollte die Nichteinmischung der Mitglieder des Paktes in die inneren Angelegenheiten der anderen Signatarländer sein. Polen bekam von Frankreich bereits am 3. Jänner Teile des Vertragsentwurfes überreicht, und zwar auf italienische Anregung. Am 17. Jänner 1935 übergab Jules Laroche den endgültigen Text des Vertrages an Jan Szembek und fragte, ob man mit der Teilnahme Polens an der Donaupakt-Konvention rechnen könne. Aber Beck taktierte. Aus Rücksicht auf Frankreich, auf eine eventuelle Verbesserung der Ostlocarno-Situation und auf die Rolle Polens als „Großmacht" zeigte er – zur Überraschung Gawrońskis – plötzlich Interesse an Donauraumfragen. Dem Berliner Gesandten Lipski deutete er eine mögliche polnische Teilnahme an, vorausgesetzt, auch Ungarn würde sich daran beteiligen. Den polnischen Außenpolitikern war natürlich nicht verborgen geblieben, daß sich die auf Österreich bezogenen Bestimmungen gegen Deutschland richteten. Und schon am 14. Jänner war Lipski bei Staatssekretär von Bülow in der Wilhelmstraße erschienen und hatte durchblicken lassen, daß die deutsche Haltung die polnische beeinflussen könnte[49].

Der österreichische Gesandte Hoffinger versuchte Ende Jänner die polnischen Erwägungen zu erfassen: der Nichteinmischungspakt beinhalte weder eine Grenzgarantie noch eine gegenseitige Hilfe („assistance mutuelle"); Polen nehme auf die ungarischen Interessen Rücksicht (Warschau war bereits bekannt, daß Budapest eher ablehnend sei); „ein entscheidendes deutsches Nein" könnte „Folgen haben"[50]. Generalsekretär Peter hatte am Ballhausplatz schon zehn Tage zuvor in einer Analyse zusammengefaßt: Die französisch-italienische Verständigung habe in Polen gemischte Gefühle hervorgerufen. Die französisch-italienische Annäherung sei eine Folgeerscheinung der

48) Vgl. Przegralek, Beziehungen (wie Anm. 6), passim.

49) ADAP, Serie C, Bd. 3, Dok. 405, 423, 764; Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. I, S. 201; Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 240, 246; Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 283ff.; Kuźmiński, Polska (wie Anm. 1), S. 222; S. Sierpowski: Stosunki polsko-włoskie 1918–1940 [Polnisch-italienische Beziehungen 1918–1940], Warszawa 1975, S. 402.

50) Bericht Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg, 31.1.1935 – HHStA, NPA Kart. 101 alt.

deutsch-polnischen Verständigung. Beck habe den „Bogen" überspannt und somit Frankreich in die Arme Italiens getrieben. Österreich werde in Polen zunehmend durch die „deutsche Brille" beurteilt. „Es ist erstaunlich, wie sich die polnische Öffentlichkeit an die neue Richtung der polnischen Außenpolitik angepaßt hat"[51].

Aber Beck begrüßte in einem Exposé vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm am 1. Februar 1935 „die Herstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen dem verbündeten Frankreich und dem befreundeten Italien". Denn der Versuch, „eine bessere Form für die Zusammenarbeit der Staaten des Donaubeckens und ihrer Anrainer zu finden", entspreche der „traditionellen Politik Polens in diesem Gebiet". Gleichzeitig hob Beck die Herstellung „guter nachbarlicher Beziehungen" zur Sowjetunion hervor und die Normalisierung der polnisch-deutschen Beziehungen. Und er sah in den Verträgen mit Moskau und Berlin den „besten Beitrag zur allgemeinen Friedensbefestigung". – Die nationaldemokratische Opposition war mit dieser Beckschen Außenpolitik keineswegs einverstanden und schickte ihren schärfsten Debattenredner, den Abgeordneten Stanisław Stroński, ins Feuer: Der Annäherung des isolierten NS-Deutschlands an Polen stehe die Entfremdung Polens von der Politik aller anderen Mächte in bezug auf Deutschland gegenüber. „Durch seine deutsche Politik habe Polen das Vertrauen Rußlands verloren. Auch in der Tschechoslowakei, für das der deutsche Drang gegen Österreich eine Frage von Leben und Tod sei, sei die Ansicht hervorgerufen worden, Polen kümmere sich nicht um das Schicksal Österreichs." Daher verlange er, Stroński, eine bessere Versorgung für die Reichsverteidigung, die mit 760 Millionen Złoty (= 36 v. H. des Budgets, Anm. Hoffinger) ungenügend sei, weil Deutschland zwei Milliarden Mark für Wehrzwecke aufwende. Schließlich das nationaldemokratische „Ceterum censeo": es sei notwendig, die polnische Politik auf Frankreich zu stützen[52].

Als die Reichsregierung am 16. März 1935 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündete, reagierten Frankreich und Italien am nervösesten und verlangten Sanktionen gegen Deutschland. Auch Polen sollte für eine antideutsche Front (Stresa) gewonnen werden. Der polnische Gesandte in Rom,

51) Amtsvermerk Generalsekretär Peter, 20. 1. 1935 – HHStA, NPA Polen, Kart. 726 alt; vgl. Przegralek, Beziehungen (wie Anm. 6), S. 121.

52) Bericht Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg, 2.2.1935 – HHStA, NPA Polen 7/1, Kart. 650 neu; J. Beck: Przemówienia, deklaracje, wywiady [Reden, Erklärungen, Interviews], Warszawa 1939, S. 149; Zbiór dokumentów. Dodatek do „Polityki Narodów" [Dokumentensammlung. Anhang zu „Polityka Narodów"], hrsg. von J. Makowski, Bd. II, Warszawa 1938, S. 31f. Zur Verteidigung der Regierungspolitik erklärte der Abgeordnete Oberst Miedzyński, Chefredakteur der „Gazeta Polska", es sei ihm schleierhaft, wann Herr Stroński jemals eine freundschaftliche Einstellung seitens der Tschechoslowakei habe bemerken können. Im übrigen habe es polnischerseits nie etwas anderes als das Bestreben nach unwandelbarer Freundschaft mit Frankreich gegeben, „dem alle Polen Stärke, Erfolg und Glück wünschen".

Wysocki, lehnte eine solche Allianz ab, da Polen zu seinen beiden großen Nachbarn die friedliche Koexistenz aufrechterhalten müsse; außerdem wollte er sich in keine Aktion einmischen, die der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit dienen könnte (so hatte die Instruktion Piłsudskis 1933 gelautet!)[53]. Zweifellos war auch die polnische Öffentlichkeit über die beginnende deutsche Wiederaufrüstung beunruhigt, aber die Politiker hielten am prodeutschen Kurs fest und standen den Vorbereitungen zur Stresa-Konferenz mit höflicher Neutralität gegenüber. Immerhin reiste Beck als Beobachter nach Stresa und fuhr von dort weiter nach Genf. In einer Rede vor dem Völkerbund am 16. April 1935 ordnete er jede Teilnahme Polens an internationalen Projekten dem Grundprinzip der Erhaltung guter Beziehungen zu seinen beiden großen Nachbarn unter. Immerhin stimmte er der Verurteilung Deutschlands wegen Verletzung des V. Teiles des Versailler Vertrages zu[54].

Italien gab sich mit dieser polnischen Haltung nicht zufrieden. Unterstaatssekretär Suvich reiste zu Beck nach Venedig, der sich dort inoffiziell aufhielt, und erreichte die Zusicherung Becks, daß Österreich nicht zu jenen politischen Problemen gehöre, welche durch die deutsch-polnischen Abmachungen tangiert würden; außerdem sagte Beck angeblich die Teilnahme an der Donaukonvention zu. Hingegen war Beck gegenüber der Dreimächteerklärung von Stresa vom 14. April 1935 mißtrauisch. Jede der drei Großmächte denke nur darüber nach, wie sie zu einer Einigung mit Deutschland kommen könnte[55]. Dennoch war Deutschland über die polnische Haltung besorgt, wie Lipski berichtete, während Beneš den Polen vorwarf, gegenüber Italien ein falsches Spiel zu spielen, da es den Deutschen bereits das Einverständnis zur Durchführung des Anschlusses gegeben habe. Hoffinger gegenüber betonte Beck freilich das positive Interesse Polens, wenn es im Donauraum zu einer Konföderation käme; und es würde sich daran beteiligen, wenn sie auch den ungarischen Interessen entspräche[56].

Nach dem Tode des Marschalls Piłsudski am 12. Mai 1935 wechselte der französische Botschafter Laroche von Warschau nach Brüssel. Auf der Durchfahrt durch Wien erläuterte er dem Politischen Direktor auf dem Ballhausplatz, dem Gesandten Hornbostel, „die außenpolitische Einstellung Polens". Polen sei infolge seiner geographischen Lage, „eingekeilt zwischen Deutsch-

53) Wysocki, Tajemnice (wie Anm. 1), S. 313f.

54) Zbiór dokumentów 1938 (wie Anm. 52), Nr. 5, S. 113f.; Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. I, S. 499; Beck, Przemówienia (wie Anm. 52), S. 158ff.; Sierpowski, Stosunki (wie Anm. 49), S. 407f.

55) Bericht Gesandter Vollgruber, Rom, an Außenminister Berger-Waldenegg, 25. 4. und 1. 5. 1935 – HHStA, NPA Polen, Kart. 718 alt; Wysocki, Tajemnice (wie Anm. 1), S. 326f.; Sierpowski, Stosunki (wie Anm. 49), S. 408; Le discours prononcé par M. Beck, le Ministre des Affaires Etrangères de Pologne à la Séance Extraordinaire du Conseil de la Société des Nations, 16 avril 1935.

56) Lipski (wie Anm. 1), Dok. 41, S. 192; Bericht Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg, 6. 5. 1935 – HHStA, NPA Kart. 101 alt.

land und Sowjetrußland", gezwungen, „eine rein negative bzw. konservatorische Politik zu machen". In den leitenden Kreisen Polens habe sich daher immer mehr die Überzeugung durchgesetzt, „daß Polen sich weder für Sowjetrußland noch für Deutschland derzeit endgültig entscheiden solle". „Darin habe auch die Politik Piłsudski's bestanden, der sich hauptsächlich von seinem Rußlandhaß leiten ließ, als er die bekannte Aussöhnung mit Deutschland herbeiführte. Die germanophile Politik Herrn Beck's sei [aber] keineswegs bei der öffentlichen Meinung populär." Die Berufung auf den verstorbenen Marschall sei nun für Beck nicht mehr möglich. Daher werde er diese nicht mehr zur Verfügung stehende Autorität durch die Autorität der Armee ersetzen lassen müssen. „Die Generäle seien zweifellos nicht als germanophil anzusprechen, haßten aber Rußland noch mehr als Deutschland", so daß es „ein Fehler der französischen Politik gewesen sei, von Polen ein offenes Abrücken von Deutschland zu verlangen bzw. ihm wegen des Vertrages mit Deutschland die kalte Schulter zu zeigen und es in einen ‚russophilen' Ostpakt zu drängen!" „Für ihn [Laroche] bestehe kein Zweifel, daß in einem Kriegsfall zwischen Deutschland und Rußland die Führung der polnischen Wehrmacht aus Haß gegen Rußland sich auf die deutsche Seite schlagen würde; nicht so aber, falls es zu einem französisch-deutschen Konflikte käme." „Was die Einstellung Polens zu Österreich betreffe, so habe ersteres jedenfalls zumindest nichts dagegen, daß der Druck Deutschlands sich gegen Österreich und den Donauraum richte; anderseits wolle Polen ehrlich weder den Anschluß noch eine Konflagration wegen mitteleuropäischer Fragen. Das Liebste wäre Polen, wenn das Interesse Deutschlands durch ein Hinausziehen der Regelung des mitteleuropäischen Problems möglichst lange auf dieses Problem konzentriert bliebe"[57].

Die von Laroche angenommene Hinwendung der militärischen Führungsspitze Polens zu Deutschland muß auch für den potentiellen Konfliktfall Deutschland–Sowjetunion bezweifelt werden; treffender scheint die Haltung der polnischen Außenpolitik gegenüber Österreich charakterisiert. Der Krakauer „Czas" pointierte allerdings die Lage Österreichs nach der Rede Hitlers im Reichstag am 21. Mai 1935 deutlich schärfer: „Nicht nur uns [die Polen], sondern auch die Franzosen gelüstet es nicht, die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, zumal an dem Tag, an dem die Österreicher selbst ihrer überdrüssig sein werden." Im übrigen verlange der Reichskanzler „nur" das Recht auf Gleichheit, z. B. „das Recht auf Angliederung von Ländern, die ausschließlich von Deutschen bewohnt sind, soferne diese sich an das Reich anschließen wollen". Und der „Czas" verließ sich auf die Zusage Hitlers, daß sich die Dynamik Deutschlands nicht in ein mit den grundsätzlichen Interessen Englands, Frankreichs und Polens „unvereinbares Bett" leiten lassen wer-

57) Amtserinnerung Gesandter Hornbostel, 21. 5. 1935 – HHStA, NPA Polen 7/1, Kart. 650, G. Zl. 34.549–13/35.

de. – Der von einem jüngeren Redakteur verfaßte Artikel erregte vor allem aus dem Grund Aufsehen, weil der „Czas" zum größeren Teil dem Fürsten Janusz Radziwiłł gehörte, der zu dieser Zeit Präsident des Außenausschusses im Sejm war und immer wieder meinungsbildend im Sinne des Sanacja-Regimes auftrat. Der Fürst stand aber nicht hinter diesem Artikel, und die „Gazeta Polska", das Blatt des Außenministeriums, erteilte auch eine scharfe Rüge[58]. Außenminister Beck selbst sah freilich die Zukunft Österreichs eher düster, auch wenn er keinen zu schnellen Anschluß erwartete. Aber in einem Gespräch mit seinem Stellvertreter Szembek am 12. Juni 1935 wiederholte er sinngemäß eine Bemerkung Piłsudskis aus dem Jahre 1921, in Europa gebe es zwei Staaten, welche früher oder später vernichtet würden – Österreich und die ČSR[59]. Am 3. Juli 1935 fuhr Beck nach Berlin. Dort betonte er gegenüber dem preußischen Ministerpräsidenten Göring, der ein polnisches Engagement im Donauraum fürchtete, daß eine eventuelle Teilnahme Polens am Donaupakt keinen antideutschen Charakter habe. Für Polen sei außerdem entscheidend, wie sich Ungarn zum Pakt stelle. Und gegenüber Hitler versicherte Beck, daß sich die polnische Außenpolitik nach Piłsudskis Tode kaum ändern werde[60].

Der österreichischen Außenpolitik blieb das Prinzip des Nicht-Engagements der polnischen Außenpolitik durchaus nicht verborgen. Dennoch bemühte sich der Ballhausplatz – trotz der Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Polen – um freundliche Beziehungen zu Polen. Dies wurde auch vom Staatssekretär Szembek registriert: „Wenn es um die Einstellung der österreichischen Regierung zu Polen geht, stößt Minister Gawroński überall auf größte Freundschaft zu Polen." Im Oktober 1935 versuchte der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg sogar, Gawroński für die Idee der Zusammenarbeit der ehemaligen Länder der Habsburgermonarchie zu gewinnen. Der Legitimist Berger machte sich Hoffnungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Regierungsantritt von Milan Hodža in der ČSR, dessen Interesse an einer Zusammenarbeit der Länder Ostmitteleuropas bekannt war. Auch sollte – nach Berger – eine solche Zusammenarbeit noch vor Otto Habsburgs Machtantritt (sic!) arrangiert werden. Besonders beunruhigt reagierte auf diesen Plan natürlich von Papen, der seinen guten Bekannten Gawroński nachdrücklich auf die legitimistische Gefahr aufmerksam machte und zwischenstaatliche Gespräche vorschlug[61]. Andererseits sprach am 17. Dezember 1935 Gawroński bei Schuschnigg vor und informierte ihn über eine Anfang Dezember in Warschau abgehaltene Konferenz sämtlicher polnischer Gesandter aus

58) „Czas", 28. 5. und 30. 5. 1935; Bericht Geschäftsträger Jordan an Außenminister Berger-Waldenegg, 6. 6. 1935 – HHStA, NPA Polen 6/1, Kart. 650 neu.

59) Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. I, S. 316.

60) ADAP; Serie C, Bd. 4, Teil 1, Dok. 191, S. 398.

61) Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. I, S. 201; vgl. J. Szembek: Journal 1933–1939, Paris 1952, S. 14.

den Donaustaaten. Beck hatte Gawroński beauftragt, neben der Aufklärung über die polnische Politik in diesem Raum, eine ständige Verbindung zwischen Warschau und Wien herzustellen[62]. Zum zweiten Jahrestag der Unterzeichnung der polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung versuchte der Gesandte Hoffinger, ein Résumé zu ziehen: Der Entspannung zuliebe mußte Deutschland auf die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen verzichten, und Polen konnte die umstrittenen Gebiete in Ruhe polonisieren. Die Deklarierung polnischen Desinteresses am deutschen Handeln im Donauraum habe dem Deutschen Reich noch keine politischen Vorteile gebracht [freilich wirtschaftliche, wie anzumerken ist], da sich andere Mächte Deutschland entgegengestellt hätten. Außerdem dürfte dieses Desinteresse gar kein Gegenstand polnisch-deutscher Verhandlungen gewesen sein; daher sei die Politik Becks nach wie vor unklar[63].

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das bisher entmilitarisierte Rheinland, womit ein Bruch des Locarno-Paktes gegeben war, änderte sich die außenpolitische Situation in Mitteleuropa grundlegend. Szembek bestätigte zwar Hoffinger, daß Polen bereit wäre, seine Bündnisverpflichtungen im Falle einer deutschen Aggression zu übernehmen, bezweifelte aber am 10. März, ob der bisherige Verlauf der Ereignisse den casus foederis ergeben könnte; denn Frankreich sei nicht zum Handeln entschlossen[64]. Polen interessierte sich auch weiterhin für den Stand der deutsch-österreichischen Beziehungen; Hoffinger informierte Szembek: Der Ballhausplatz sei gegenüber Berlin weiterhin negativ eingestellt; Deutschland beabsichtige aber zur Zeit nicht, die österreichische Unabhängigkeit anzutasten; in den Zusatzprotokollen zu den Römischen Protokollen, die zwischen 21. und 23. März 1936 in Rom unterzeichnet wurden, seien vor allem gegenseitige Beratungen der vertragsschließenden Parteien vor politischen Schritten vereinbart worden. Die Stimmungsmache für den Anschluß sei im Reich sehr stark, in Österreich spüre man gewisse Sympathien beim oberösterreichischen Bürgertum[65]. Vom Zusammentreffen der Staaten der Römischen Protokolle im März 1936 in Rom

62) Bericht Gesandter Gawroński an Außenminister Beck, 20. 10. 1935 – AAN, MSZ, Mappe 3445, S. 124f.

63) Bericht Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg, 31.1.1936 – HHStA, NPA Kart. 101 alt. In seinem Exposé vor dem Sejm Ende Jänner 1936 ging Beck nur kurz auf die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung ein: „En ce qui concerne notre accord avec l'Allemagne en 1934 l'opinion du monde entier a vu dans cet acte un des événements internationaux les plus importants pour créer de bonne relations de voisinage dans l'Europe d'après-guerre."

64) Gesprächsnotiz Szembek, 10. 3. 1936 – AAN, MSZ, Mappe 3251, S. 122; vgl. Roos, Polen und Europa (wie Anm. 1), S. 234–238; J. Ciałowicz: Polsko-francuski sojusz wojskowy 1921–1939 [Das polnisch-französische Militär-Bündnis 1921–1939], Warszawa 1970; G. Rhode: Außenminister Józef Beck und Staatssekretär Graf Szembek, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 86–94.

65) Gespräche Szembek–Hoffinger, 1. 2. 1936 und 11. 4. 1936 – Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. II, S. 64; AAN, MSZ, Mappe 3260, S. 87f.

wußte auch der polnische Gesandte in Rom, Alfred Wysocki, zu berichten: Die Paktmitglieder hätten die Absicht, den „Römischen Block" durch die Einbeziehung anderer Länder wirtschaftlich zu stärken; in Frage kämen Deutschland, Polen und die ČSR. Während Ungarn gegen die ČSR gewesen sei, Österreich gegen Deutschland, wäre die Einbeziehung Polens einhellig gewesen; freilich bezeichnete der italienische Unterstaatssekretär Suvich die Idee „als heute unrealisierbar"[66].

Der Bruch der Stresa-Front durch die Aggression Italiens gegen Äthiopien, der Mangel an Unterstützung seitens der ČSR und/oder Ungarns, der konsequenzlose Einmarsch der deutschen Wehrmacht ins Rheinland, schließlich die Zweifel an der Wirksamkeit italienischen Schutzes und die Ratschläge Mussolinis selbst im März und Juni 1936 an Schuschnigg führten im Frühjahr 1936 zu Verhandlungen mit von Papen und am 11. Juli 1936 zum Abschluß eines deutsch-österreichischen Abkommens. Der österreichische Geschäftsträger de Strautz hatte am selben Tag das Abkommen gegenüber Graf Szembek in Warschau zu erläutern. Österreich sei bereit, die „nationalistischen", nicht aber „nationalsozialistischen Elemente" in die Regierung aufzunehmen; die österreichische Regierung beabsichtige, ein Gesetz zum Schutze des Staates zu beschließen; dieses sollte sich sowohl gegen die Nationalsozialisten als auch gegen die Anschlußanhänger richten[67]. Polen reagierte auf das Juli-Abkommen ziemlich ruhig. Das deutsche Engagement in Österreich war für Polen willkommen, vorausgesetzt, es erreichte sein Ziel – den Anschluß – nicht zu schnell. Unangenehm wirkte sich das Juliabkommen aber gleich in wirtschaftlicher Hinsicht aus. Österreich importierte nun mehr deutsche als polnische Kohle, und Polen mußte für 1936 einen Exportverlust von 12 v. H. gegenüber 1935 hinnehmen; immerhin konnte dieser Rückgang durch gesteigerte landwirtschaftliche Exporte abgefangen werden[68].

4. Auf dem Weg zum Anschluß: Staatsbesuch und Kulturabkommen

Trotz des in der internationalen Politik ereignisreichen Jahres 1936 glaubte Außenminister Beck „keinerlei Grundlage" gefunden zu haben, „an der die polnische Politik regelnden Grundideen irgendeine Änderung vorzunehmen". Freilich waren seine am 18. Dezember 1936 im Auswärtigen Ausschuß des Se-

66) Bericht Gesandter Wysocki an Außenministerium, 11. 4. 1936 – AAN, MSZ, Mappe 3464, S. 62.

67) Fragmenty dziennika Szembeka, in: AAN, Gesandtschaft in Wien, Bund 93, Mappe 16, S. 113.

68) Polnische Gesandtschaft in Wien und Österreichisch-polnische Handelskammer an Industrie- und Handelsministerium in Warschau, 25. 9. und 18. 11. 1936 – AAN, MSZ, Mappe 3464, S. 36f. bzw. Mappe 3455, S. 11.

nates dargelegten außenpolitischen Maximen ziemlich flexibel: Die polnische Außenpolitik findet Ausdruck „in ihrer Zurückhaltung und ihrer Abneigung, sich außerhalb jener Sphäre, in welcher wir Mittel zum Handeln besitzen und in welcher also unser Wort unmittelbares Gewicht hat, in Bindungen einzulassen. „Il n'y a que la réalité des choses qui compte. – In dieser Realität gelten selbstverständlich vor allem jene Angelegenheiten, welche unseren Staat materiell berühren, also unsere Nachbarverhältnisse." Beck beschäftigte sich daher in seinem ausführlichen Exposé vor allem mit den Beziehungen Polens zur Sowjetunion und zu Deutschland, wobei er von „guten und normalen Nachbarbeziehungen" zu Moskau und von der „freundschaftlichen Regelung der Beziehungen" zu Berlin sprach. Im übrigen zeichneten sich Polens Bündnisverträge, „die zur Verteidigung unserer Interessen abgeschlossen wurden", „durch weitest gehende Loyalität gegenüber den Interessen anderer" aus. Die Locarno-Abkommen hätten dagegen – aus polnischer Sicht – „das Gleichgewicht des europäischen Kontinents eher gestört". Als auffallende Konsequenz aus diesen Haltungen ist bereits zu erkennen, daß Beck – abgesehen von Erwähnungen der Besuche in Budapest und Belgrad – die Donauraumfrage mit keinem Wort erwähnte. Von Österreich war überhaupt nicht die Rede[69].

Hingegen widmete sich die staatliche „Wiener Zeitung" am 21. Oktober 1936 in einem Leitartikel dem „Weg der polnischen Innenpolitik". Gemessen an der Zahl der Bevölkerung sei Polen zwar eine Großmacht, der aber die „innere Geschlossenheit" in ihrer nationalen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Struktur fehle. Die Hauptschwierigkeiten lägen freilich im Bereich der Wirtschaft. Die Industrie habe zu wenig Abnehmer, die wachsende Arbeitslosigkeit führe zu blutigen Demonstrationen, die Verarmung der städtischen Bevölkerung habe die durch die Agrarkrise bedingte Not auf dem flachen Lande noch verschärft. Dabei fehle eine politische Führungspersönlichkeit wie die des Marschalls Piłsudski als Integrationsfigur. Zwar bestimme der Generalinspekteur Edward Rydz-Śmigły zunehmend die Marschroute von Armee und Diplomatie, aber der fortschreitend radikalisierte Bauernstand verlange bereits die Rückberufung seines unvergeßlichen Führers, des ehemaligen Ministerpräsidenten Witos. „Mehr denn je scheint Polen eines wahrhaft überragenden Staatsmannes zu bedürfen, der mit geschmeidiger, aber doch starker Hand einen Ausgleich anstrebt." – Warschau war über eine solche, in summa doch recht realistische Schreibweise wenig erbaut und ließ durch seinen Gesandten Beschwerde am Ballhausplatz erheben. Der Leiter des Bundespressedienstes verwies bereits tags darauf den zuständigen Chefredakteur „auf die Unmöglichkeit einer derartigen Schreibweise", da solche Artikel der Staatsführung „Unannehmlichkeiten" bereiteten. Des weiteren wurde der „Wiener Zeitung" nahegelegt, „im Laufe der kommenden Woche über irgendein polni-

69) Exposé des Ministers Josef Beck im Auswärtigen Ausschuß des Senates, 18. 12. 1936 – HHStA, NPA Polen 7/1, Kart. 650 neu.

sches Thema einen Artikel zu verfassen, der den schlechten Eindruck ... zu beseitigen geeignet ist"[69a].

Dem Ballhausplatz lag also nach wie vor an guten und ungestörten Beziehungen zu Polen. Und man versuchte sogar, diese Beziehungen zu intensivieren. Als der neue Staatssekretär Guido Schmidt und Beck im September 1936 in Genf zusammentrafen, schlug Schmidt in Schuschniggs Namen einen Besuch Schmidts in Warschau vor, wofür man irgendeinen Vertrag als „Vorwand" nehmen könnte. Aber Beck schob die Angelegenheit hinaus, da er dahinter eine italienische Initiative zu einem italienisch-österreichisch-ungarisch-polnischen Block vermutete[70]. Offensichtlich wollte der polnische Außenminister in Berlin kein Mißtrauen aufkommen lassen. Am 16. Oktober 1936 gab Gesandter Hoffinger seine Abberufung von Warschau und seine Übersiedlung auf den Ballhausplatz als Direktor einer neu gebildeten Ost-Abteilung (für Deutschland und Polen) bekannt. Gegenüber dem Politischen Direktor Graf Józef Potocki erwähnte Hoffinger als Ursache seiner Ernennung die Tendenz zur Besserung der Beziehungen zwischen dem Ballhausplatz und der Wilhelmstraße. Bei seinem Abschiedsbesuch bei Beck wiederholte der Außenminister Polens Einstellung zu den Donauraumproblemen und unterstrich, keine direkten Interessen zu verfolgen[71].

Auf eine Einladung aus Warschau mußte Staatssekretär Schmidt freilich noch über ein Jahr warten, obwohl er dafür den ihm von der ČSR vorgeschlagenen Besuch in Prag hinauszögerte, um Polen nicht zu verstimmen, das mit größtem Interesse die tschechisch-österreichischen Gespräche verfolgte. Da nützte die Intervention des italienischen Gesandten Salata wenig. Dafür kam am 9. April 1937 Beck auf der Durchreise aus Cannes nach Wien. Bereits am Vortag erschien Gawroński bei Guido Schmidt. Er erkundigte sich nach einem angeblich neuen Kurs der österreichischen Außenpolitik, den Schmidt verneinte. Dann trat Gawroński für eine engere Zusammenarbeit Polens mit Österreich in der Frage ČSR ein, da dieses Land ein Krisenherd werden könnte. Abermals verneinte Schmidt[72]. Beck selbst äußerte sich in Wien wieder zum Donauraumproblem. Er deklarierte die Bereitschaft Polens, sich in jeder Angelegenheit, die den Donauraum betreffe, zuerst mit Österreich in Verbindung zu setzen, um sich zu vergewissern, ob diese den österreichischen Interessen nicht zuwiderlaufe. „Die Beziehungen zum Deutschen Reich würden

69a) „Wiener Zeitung", 21. 10. 1936; Amtsvermerke Generalsekretär Peter, 23. 10. 1936, und Gesandter Ludwig, 24. 10. 1936 – HHStA, NPA Polen I/5, Kart. 642 neu.

70) Außenministerium an Gesandten Gawroński, 27. 10. 1936 – AAN, MSZ, Mappe 3461, S. 6.

71) Gesandter Hoffinger an Staatssekretär Schmidt, 28. 10. 1936 – HHStA, NPA Polen, Kart. 725 alt.

72) Bericht Gesandter Gawroński an Außenminister Beck, 31. 10. 1936 – AAN, MSZ, Mappe 3260, S. 106; Gesprächsnotiz Gesandter Hornbostel, 8. 4. 1937 – HHStA, NPA Polen, Kart. 721 alt.

weiter auf der gleichen Basis wie bisher gepflegt werden." Schmidt bedankte sich. Die engere Fühlungnahme mit Polen sei Österreich umso erwünschter, als es sowohl mit Italien als auch mit Ungarn und dem Deutschen Reich in guten Beziehungen stehe. Freilich verschwieg Beck, daß er bereits im Jänner 1937 in Berlin erklärt hatte, daß ihn Österreich nur handelspolitisch interessiere[73]. Über die ČSR gab es deutlich unterschiedliche Ansichten. Als Schmidt bemerkte, daß die von Österreich erwünschte Annäherung an Deutschland von diesem selbst vereitelt würde und Österreich daher versuche, mit der ČSR ins Gespräch zu kommen, antwortete Beck, daß mit der ČSR keine Politik zu machen sei und: „Polen betrachte dieses Land als eine europäische Unmöglichkeit"[74]. Der von Österreich erhoffte Schmidt-Besuch in Warschau wurde aber immer noch nicht realisiert.

Als Beck aus Genf kommend am 1. Oktober wieder in Wien war, erteilte er bereits Kapitulationsvorschläge. Die Kapitulation Österreichs vor dem Deutschen Reich habe Europa den „zwanzigjährigen Frieden" gesichert, wenn sich Österreich dem „Moloch Deutschland hingebe". Im übrigen überzeugte ihn dieser Aufenthalt von der Hoffnungslosigkeit der Situation Österreichs, an der nur ein Engagement Italiens etwas ändern könnte. Sonst werde „das Schicksal dieses Landes nur vom zufälligen Lauf der Ereignisse abhängig sein"[75]. Erst jetzt – Ende Oktober 1937 – kam es zur lange geplanten Reise Schmidts nach Warschau. Neben der Unterzeichnung eines Kulturabkommens sollte vor allem festgestellt werden, ob von Seiten Polens noch außenpolitische Unterstützung zu erwarten sei. Der Gesandte Heinrich Schmid wurde angewiesen vorzuschlagen, daß der Schiedsgerichtsvertrag aus dem Jahre 1926 in einen Freundschaftsvertrag umgewandelt werde. Allerdings: „Es kommt natürlich nicht in Frage, mit Polen einen politischen Vertrag abzuschließen, der einem der beiden Teile irgendwelche konkreten Verpflichtungen oder Bindungen auferlegen würde"[76].

Vor seiner Abreise nach Warschau erhielt Staatssekretär Schmidt vom Gesandten Hoffinger in der Politischen Abteilung eine ausführliche Darstellung der allgemeinen Grundsätze und Zielsetzungen der polnischen Außenpolitik seit 1919. „Die heutige polnische Außenpolitik Piłsudski'scher Prägung und Beck'scher Ausführung" unterscheide sich wesentlich von der polnischen Politik der ersten zehn Nachkriegsjahre. Die letztere sei einseitig auf völlige Nie-

73) Zirkular BKA/AA an die österr. Gesandtschaften, 10. 4. 1937 – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 37.998–13/37, Kart. 716 alt.

74) Botschafter von Papen an AA, 17. 4. 1937 – ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. 220, S. 340.

75) Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgerichtshof, Wien 1947, S. 45; Roos, Polen und Europa (wie Anm. 1), S. 276; Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 141f.

76) Erlaß BKA/AA an Gesandten Schmid, 24. 9. 1937 – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 43.802–13/37, Kart. 716 alt.

derhaltung Deutschlands ausgerichtet gewesen, und habe, „verbunden mit dem Umstand, daß Polen auch von der Ostseite her bedroht war, zu einer bedingungslosen Gefolgschaft Polens hinter der Pariser Politik" führen müssen. Diese Politik sei auch in den ersten Jahren des Piłsudskischen Regimes bis zum Sturze Zaleskis fortgesetzt worden, weil der Marschall immerhin einige Zeit gebraucht habe, um sein Konzept zu entwickeln und die Umstellung vorzubereiten. Das Konzept Piłsudskis beruhte – nach Hoffinger – auf der Überzeugung:

1) daß sich der Aufstieg, insbesondere die Wiederbewaffnung des Deutschen Reiches nicht auf die Dauer aufhalten lassen werde,

2) daß es mit der Würde und den Interessen Polens unvereinbar sei, stets von dem guten Willen und der Schlagfertigkeit Frankreichs abzuhängen,

3) daß in Frankreich ein Moment kommen könnte, wo innerpolitische Komplikationen die Neigung oder die Möglichkeit beeinträchtigen könnten, zur Verteidigung Polens vom Leder zu ziehen,

4) daß die notwendige Ergänzung zum französischen Bündnis nicht in einer einseitigen Anlehnung an eine der beiden großen Nachbarmächte gesucht werden dürfe, weil Polen diesfalls im Kriegsfalle bestimmt Kriegsschauplatz werden würde,

5) daß die polnische Politik ausschließlich von polnischen Interessen, nicht aber von historischen Reminiszenzen und Kriegsressentiments diktiert sein dürfe, daher beweglich sein müsse und das Wort „unmöglich" nicht kennen dürfe[77].

Hoffinger charakterisierte nun näher die Politik seit 1933. Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus habe Marschall Piłsudski seine Voraussicht bezüglich der Wiederaufrüstung Deutschlands bestätigt gesehen. Gestützt auf seine nach dem Ausgleich mit der UdSSR verbesserte Ostposition wandte er sich nun der Westposition zu und machte „Deutschland zuerst durch sehr geschickt genährte Gerüchte über einen beabsichtigten Präventivkrieg mürbe". Dann habe er in Berlin „ganz brutal" die Frage gestellt: „Verständigung oder Krieg?" Das Ergebnis sei, nach mehrmonatigem Verhandeln, daß die deutsch-polnische Deklaration vom 26. Jänner 1934 alle Differenzen zwischen den beiden Staaten auf zehn Jahre zurückgestellt habe. Die Vereinbarung war – aus der Sicht Hoffingers – in erster Linie ein Erfolg für Polen, weil es dadurch die Sicherheit erhielt, nicht das erste Opfer eines militärisch wiedererstarkten Deutschlands zu werden. Denn es werde für Deutschland wohl sehr schwer möglich sein, die Welt nach Ablauf der zehn Vertragsjahre von der „Unmöglichkeit" und „Untragbarkeit" der Ostgrenzen zu überzeugen, nachdem es 25 Jahre auch so gegangen und es die letzten zehn Jahre ganz still darüber gewesen sei. Für Deutschland sei ein Vorteil nur darin gelegen, daß es an einer

77) Gesandter Hoffinger: Aufzeichnung über die polnische Außenpolitik, Wien, 22. 10. 1937 – HHStA, NPA Polen, Kart. 716 alt.

wichtigen und unerwarteten Stelle „den Ring der Abneigung und der Feindseligkeit", den das NS-Regime rundum hervorgerufen hatte, zu durchbrechen gelungen sei. Die übrigen Aspekte der polnischen Außenpolitik stellten nach Hoffinger nur Funktionen im Kräftespiel Deutschland – Frankreich – Sowjetunion dar. Gegenüber der Kleinen Entente erhalte die polnische Politik ihre Signatur durch die Unterscheidung zwischen der Gesamtpolitik der Kleinen Entente, die alle polnischerseits abgelehnten Elemente – „unbedingte Gefolgschaft für Frankreich, automatisch wirkendes Wehrpaktsystem, Völkerbundpolitik, Hereinziehung Rußlands in ein mitteleuropäisches Paktsystem" – wenigstens virtuell enthalte, und den abweichenden Unterströmungen in den einzelnen Staaten der Kleinen Entente: „Daher die absolute Sterilität des Verhältnisses zur Tschechoslowakei, wo nur negative Elemente in Frage kommen, daher die Anbiederung an Jugoslawien, wo die Ablehnung der Sowjets und die handelspolitische Angewiesenheit auf Deutschland und Italien die Tendenzen zu einer selbständigen Politik verstärken, daher auch die volte-face in den Beziehungen zu Rumänien, wo mit dem Sturz Titulescus, der in der Politik geradezu ein Symbol alles dessen war, was den Polen zuwider ist, die polnische Politik Aussichten für eine neue Hochkonjunktur der polnisch-rumänischen Freundschaft zu entdecken glaubte"[78].

Im Donauraum habe Polen, wie es stets erkläre, keine direkten Ziele. Dies sei allerdings nur mit der Einschränkung richtig, daß es die Tschechoslowakei nicht als endgültig konsolidiertes Staatsgebilde ansehe und die Möglichkeit nicht ausschließe, größere territoriale Veränderungen zuungunsten der Tschechoslowakei erfolgen zu sehen, wobei sich auch Polen nicht mehr uninteressiert zeigen würde. Polens Politik sei aber auch diesbezüglich nicht aktiv, sondern rein abwartend. Es habe daher auch die ungarische Revisionspolitik nur platonisch und nicht aktiv unterstützt. Nach Becks These sei Polen stets bereit, mit den Donaustaaten bei einer konstruktiven Lösung der bestehenden Schwierigkeiten mitzuwirken, vorausgesetzt daß diese Lösung für Ungarn annehmbar sei. Dieselbe These bezüglich Österreichs öffentlich auszusprechen, habe aber Beck bisher vermieden. In der österreichischen Frage schließlich sei die polnische Einstellung „pro foro interno" wohl folgende:

1) Ein Machtzuwachs für Deutschland, wie ihn der Anschluß darstellen würde, sei Polen unwillkommen.

2) Eine aktive Rolle zur Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit komme für Polen nicht in Frage, weil es entschlossen sei, in einen Konflikt mit Deutschland nur einzutreten, wenn es durch einen Angriff Deutschlands auf vitale Interessen Polens dazu gezwungen werde.

3) Ein Engagiertsein Deutschlands im Donauraum sei für Polen, solange Deutschland keinen Erfolg erziele, nicht ganz unwillkommen, weil es die deut-

78) Vgl. Papers and Memoirs of Juliusz Łukasiewicz. Ambassador of Poland. Diplomat in Paris 1936–1939, ed. by W. Jędrzejewicz, New York, London 1970.

sche Aktivität vom Osten abziehe. (Noch lieber wäre ihm allerdings eine Verstrickung Deutschlands in colonialibus.) Die „freie Hand", die Polen Deutschland als Entgelt für den Zehnjahresfrieden im Osten Österreich gegenüber gewährt hätte, sei eine Legende. Die Konzentrierung der deutschen Expansionskräfte auf Österreich sei durch den polnischen Vertrag zwar erleichtert worden, doch wäre dies höchstens auf deutscher Seite ein beabsichtigter Aspekt des Vertrages, auf polnischer Seite eher eine teils erwünschte, teils unerwünschte Nebenwirkung.

4) Der gegenwärtige Zustand, bei dem die Blicke Deutschlands doch noch stark vom Donauraum gefesselt seien, die Aussichten aber nicht dafür sprächen, daß die deutsch-österreichischen Freundschaftsbäume in den Himmel wachsen, und der in den übrigen Donaustaaten, sogar in Ungarn, Mißtrauen gegen Deutschland wachhalte, passe Polen sicher besser als jede andere Situation[79].

Dieser sehr pointierte und zweifellos beste österreichische Kommentar zur polnischen Außenpolitik unter Piłsudski enthielt also auch eine sehr realistische Beurteilung der Haltung Polens zum österreichisch-deutschen Problem. Allerdings wurde ausgerechnet diese Frage nicht ins Gesprächsprogramm für Staatssekretär Schmidt aufgenommen. Demnach sollte Schmidt nach dem Verhältnis Polens zu Spanien, Rumänien, Sowjetrußland, Deutschland und der ČSR fragen, bezüglich der polnisch-deutschen Beziehungen nach der Minderheitenfrage und dem Problem Danzig. In der ersten Besprechung am 26. Oktober 1937 zwischen Beck und Schmidt selbst versuchte der österreichische Staatssekretär dem polnischen Außenminister etwa folgende Erklärung zur Entwicklung im Donauraum nahezubringen: „Das legitime Interesse, das Polen als Dreißig-Millionen-Staat im europäischen Südostraum und unmittelbarer Anrainer des Karpatenbeckens an der wirtschaftlichen und politischen Gestaltung des Donauraumes nimmt, steht mit den Auffassungen und Erfordernissen Österreichs wie auch Ungarns durchaus im Einklang." Daher sei Polen entschlossen, auch in Zukunft den Rechten, Interessen und Auffassungen Österreichs in analoger Weise, wie es dies Ungarn gegenüber schon wiederholt erklärt habe, Rechnung zu tragen. Minister Beck stimmte einer solchen Formulierung zu und erklärte sich auch zur Kundgabe in öffentlicher Form (Communiqué, offiziöser Artikel, Exposé vor dem Sejm) bereit[80].

Bei der zweiten Unterredung am folgenden Tag bezog sich Beck auf sein Sejm-Exposé vom 1. Februar 1935 und unterstrich den Standpunkt Polens,

79) Aufzeichnung Gesandter Hoffinger, 22. 10. 1937 – HHStA, NPA Polen, Kart. 716 alt.

80) Zirkular BKA/AA an alle Missionen, 30. 10. 1937: Aufzeichnung über die am 26. und 27. Oktober 1937 durchgeführten Besprechungen zwischen Außenminister Beck und Staatssekretär Schmidt; Amtserinnerung Gesandter Hornbostel, 21. 10. 1937: Programm und Gesprächsthemen für den Staatsbesuch in Warschau – HHStA, NPA Polen I/III, G. Zl. 44.993–13/37, Kart. 716 alt.

„bei allen im Donauraum auftauchenden Fragen zwar zunächst die Auffassungen aller direkt interessierter Faktoren" kennenzulernen, „um sich aber dann mit den ihm zunächst stehenden Staaten Ungarn und Österreich über deren besondere Einstellungen zu besprechen, um sicher zu sein, nichts gegen deren Interessen zu unternehmen". Weniger freundlich war Beck auf die ČSR zu sprechen, obwohl Schmidt ein gutes Wort für den Verständigungswillen Hodžas einlegte: „Über die Tschechoslowakei ist der Minister neuerlich ziemlich aufgebracht und äußerte sich sehr abfällig über ein Interview Hodžas, worin dieser behauptet hatte, es gäbe keine Mißstimmung Polens gegen die Tschechoslowakei, sondern das Mißtrauen gehe nur von einigen galizischen Kreisen aus." Minister Beck kritisierte auch die Zusammenarbeit Prags mit Moskau und behauptete, „daß eine Moskauer politische Zentrale in Brünn etabliert sei". Im übrigen herrsche momentan in der Sowjetunion „absoluter Terror und Chaos", wenn auch die Beziehungen Polens zu Moskau derzeit nicht gestört seien. Auch das Verhältnis zu Deutschland werde durch bevorstehende gegenseitige Erklärungen über die Minderheitenfrage und über Danzig wieder verbessert. Die österreichisch-deutschen Beziehungen wurden allerdings weder von Beck noch von Schmidt angeschnitten[81].

Der materielle Mittelpunkt des Warschauer Besuches Staatssekretär Schmidts war die Unterzeichnung eines „Übereinkommens zwischen dem Bundesstaate Österreich und der Republik Polen betreffend die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten". Darin wurde der Austausch von Universitäts- und Hochschullehrern, die Befreiung einer bestimmten Anzahl von Studierenden von Studiengebühren und Prüfungstaxen, die Vergabe von Stipendien, die Veranstaltung von Sommerkursen, der Austausch von wissenschaftlichen und literarischen Werken, der Leihverkehr mit Handschriften, die Benützung von Archivmaterial und der Austausch von Kunstwerken vereinbart. Seinen Auslandsmissionen ließ Schmidt mitteilen, daß mit der Unterzeichnung des Kulturabkommens das freundschaftliche Verhältnis zu Polen auf einem Gebiet gepflegt werde, „auf dem Österreich als in hervorragendem Maße kulturell interessiertes Land mit einer historischen Kulturtradition für eine bedeutende Rolle prädestiniert ist". Vor dem Staatsrat in Wien erläuterte Schmidt später, daß das von Polen angeregte Kulturabkommen auch eine konsequente Fortsetzung der österreichischen Politik sei, „die im Anschluße an die bereits [1935 und 1936] mit Italien, Ungarn und Frankreich abgeschlossenen ähnlichen Verträge bestrebt ist, auf dem Wege einer möglichst weitgehenden kulturellen Annäherung an befreundete Staaten nicht nur die in erster Linie den vertragschließenden Teilen zugute kommenden Vorteile aus der Vertiefung der wechselseitigen Beziehungen zu ziehen, sondern auch dadurch dem allgemeinen Interesse des Friedens unter den Völkern Europas zu die-

81) Aufzeichnung über Besprechungen zwischen Außenminister Beck und Staatssekretär Schmidt am 26. und 27. 10. 1937 – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt.

nen". In einer Zirkularnote an alle österreichischen Gesandten glaubte der Staatssekretär aber auch betonen zu müssen, „daß auf polnischer Seite eine ausgesprochene Festigung des Vertrauens auf die Konsolidierung Österreichs erfolgt ist und daß damit die in den verflossenen Jahren zeitweise bemerkbar gewesene leichte Zurückhaltung einer durchaus positiven Einstellung Platz gemacht hat". Außerdem ließ Schmidt noch hervorheben, „daß über das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland überhaupt nicht gesprochen wurde, was Sie [der jeweilige Gesandte] bei eventuellen diesbezüglichen Anfühlungen von deutscher Seite bestimmt behaupten können"[82].

Obwohl sich neben dem ungarischen Gesandten und dem italienischen Geschäftsträger auch der deutsche Geschäftsträger zum Empfang Schmidts auf dem Bahnhof eingefunden hatte und der Staatssekretär später auch den deutschen Botschafter von Moltke empfing, war Berlin über die polnisch-österreichische Kontaktnahme offensichtlich wenig erfreut. Die vielen freundlichen Artikel in der polnischen und in der österreichischen Presse dürften das Mißtrauen Hitlers und seiner Außenpolitiker gesteigert haben. – Immerhin fand der Besuch Schmidts zehn Tage vor der in der „Hoßbach-Niederschrift" festgehaltenen Ansprache Hitlers vor dem Reichsaußenminister und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile über die für Sommer 1938 geplante Expansion nach Österreich und in die ČSR statt. – In Berlin kam jedenfalls der unbegründete Verdacht auf, Polen wünsche sich auf einmal die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit. Und „Le Temps" freute sich vergeblich darüber, daß die polnisch-österreichische Fühlungnahme zur Zeit des verstärkten deutschen Druckes in Zentraleuropa und der Abkühlung der polnisch-deutschen Beziehungen stattfinde. Schmidt selbst urteilte vorsichtig über seinen Besuch: „Der Verlauf dieses Besuches kann jedenfalls als ein Aktivum unserer Außenpolitik gebucht werden." Und Schuschnigg erinnerte sich 1947 an eine pessimistische Stellungnahme: „Über Polen berichtete Schmidt nach seiner Rückkehr aus Warschau, daß dort eine starke deutsche Einflußnahme zu bemerken sei und für Österreich nur geringes Interesse bestünde"[83].

Dennoch versuchte der Ballhausplatz, Berlin etwas zu verunsichern. In einer Information für den Gesandten Tauschitz sprach die Politische Abteilung über ein steigendes Interesse Polens am Geschehen im Donauraum und in Österreich und daß Polen heute mehr Vertrauen in den österreichischen Konsolidierungsprozeß habe als früher. Aber die reichsdeutsche Presse reagierte

82) Übereinkommen zwischen dem Bundesstaate Österreich und der Republik Polen betreffend die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, 26. 10. 1937; Vortrag Außenminister Schmidt betreffend das Kultur-Übereinkommen zwischen Österreich und Polen zur Genehmigung an den Staatsrat, o. D.; Erläuternde Bemerkungen, o. D. – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 52.060–13/38, Kart. 642 neu. Zirkular BKA/AA an alle Missionen, 30. 10. 1937 – HHStA, NPA Polen I/III, Kart. 716 alt.

83) ADAP, Serie D, Bd V, Dok. 25, 11. 1. 1938. Hochverratsprozeß Schmidt (wie Anm. 75), S. 434.

nüchtern. Der „Völkische Beobachter" glaubte, daß sich Polen trotz seiner Aufmerksamkeit gegenüber den mitteleuropäischen Fragen nicht um die politischen Probleme des engeren Mitteleuropa bemühen werde. Die „Berliner Börsenzeitung" sah die tatsächliche Ursache für Schmidts Besuch in den Vorbereitungen für den sogenannten „Hodža-Plan". Es handelte sich um den Vorschlag des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodža zu einem vor allem wirtschaftlichen Bündnis zwischen der ČSR, Österreich und Ungarn, für das auch Jugoslawien und Polen gewonnen werden sollten[84]. Beck hatte allerdings kein Vertrauen in eine solche Verbindung, da Polen nicht bereit war, mit der ČSR zusammenzuarbeiten, obwohl Hodža Polen Avancen machte. Dennoch hielt der Kommentator der „Berliner Börsenzeitung" eine Verständigung zwischen Polen und der ČSR für erreicht und glaubte, „daß sich im Osten und im Süden ein Geist der Abwehr bemerkbar macht". Die ČSR sei bereit, an die polnische Minderheit Zugeständnisse zu machen[85].

5. Anschlußbefürworter und Anschlußgegner in Polen

Die polnischen Anhänger des Anschlusses waren seit 1933 meist Piłsudski-Anhänger, die „Piłsudczycy", darunter befand sich mit Beck und Szembek auch die Spitze des Außenministeriums. Hinter ihnen stand ziemlich geschlossen das gesamte Beamtenkorps der Wierzbowa-Straße (Sitz des Außenministeriums) und die meisten Diplomaten in den Auslandsvertretungen. Ausnahmen bildeten nur Alfred Wysocki, der 1933 nach Rom versetzt worden war und schon im Oktober 1935 zu Suvich geäußert hatte, daß sich Deutschland nach Ablauf der Nichtangriffserklärung gegen Polen wenden würde, und Józef Lipski, Wysockis Nachfolger in Berlin, der Polen nach wie vor durch Deutschland gefährdet sah. Noch einige Tage vor dem Anschluß warnte Wysocki den polnischen Staatspräsidenten Mościcki, daß der Anschluß aus Deutschland die stärkste Macht Europas machen würde; aber Mościcki bagatellisierte diese Warnung. Und Lipski teilte am 4. Oktober 1937 Szembek mit, daß beim letzten Zusammentreffen Mussolinis mit Hitler letzterer eine charte blanche für die Durchführung des Anschlusses bekommen habe[86].

Die zweite Gruppe der Anschlußbefürworter waren Publizisten wie Władysław Studnicki, Stanisław Cat-Mackiewicz und Aleksander Bocheński: Studnicki strebte in seinem 1934 veröffentlichten Buch „Polen im politischen System Europas" einen mitteleuropäischen Staatenblock unter der Führung

84) Erlaß BKA/AA an Gesandten Tauschitz, Berlin, 30.10.1937 – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 44.993–13/37, Kart. 716 alt; ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. 268, S. 392; Roos, Polen und Europa (wie Anm. 1), S. 274–277.

85) HHStA, NPA Nachlaß Hornbostel, Kart. 264 alt.

86) Sierpowski, Stosunki (wie Anm. 49), S. 490; Wojciechowski, Stosunki (wie Anm. 1), S.377; Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. III, S. 154; Lipski, Papers (wie Anm. 1), S. 351.

Deutschlands und Polens an. Darin gab es keinen Platz für ein unabhängiges Österreich; der polnischen Zustimmung für den Anschluß sollte ein deutscher Verzicht auf den „Korridor" folgen. Studnicki und Mackiewicz wurden 1936 als Ehrengäste zum Reichsparteitag der NSDAP nach Nürnberg eingeladen. Bocheński war Chefredakteur der Warschauer „Polityka", die Beck sehr nahe stand; er veröffentlichte 1937 das Buch „Między Niemcami a Rosją" (Zwischen Deutschland und Rußland)[87].

Das antideutsche Lager umfaßte einerseits die parlamentarische Opposition der Nationaldemokraten. Sie bekämpften die „prodeutsche" Politik Piłsudskis und Becks im Sejm und über ihre Presse. Sie war auch nicht mit der antitschechischen Politik der „Sanacja" einverstanden. Andererseits gab es in der „Endecja" eine gewisse Sympathie für den Totalitarismus Hitlers. Von allen Parteien wären die polnischen Sozialisten bis 1933 am ehesten zu einer polnisch-deutschen Versöhnung bereit gewesen; seit der Machtübernahme durch Hitler lehnten sie aber aus weltanschaulichen Gründen jede Entspannung ab. Der „Robotnik" zählte zu den schärfsten Kritikern Deutschlands, aber auch der Außenpolitik Becks. Gegner Becks gab es auch in der bäuerlichen Oppositionspartei, z. B. den Fürsten Zdzisław Lubomirski, einen Anhänger der frankophilen Richtung. Aber auch Anhänger der „Sanacja" standen der polnisch-deutschen Annäherung ablehnend gegenüber, so der Wojewode von (Ober-) Schlesien, Michał Grażyński, mit seiner kompromißlosen Haltung gegenüber der deutschen Minderheit, und der „Westmarkenverband", eine antideutsche Organisation in den polnischen Westgebieten[88].

Der größte Gegner der polnisch-deutschen Annäherung im Regierungslager war das polnische Heer, mit dem Generalinspekteur der Streitkräfte, Marschall Edward Rydz-Śmigły, und dem Inspekteur der Armee, General Kazimierz Sosnkowski, an der Spitze. Marschall Rydz glaubte nicht, daß Hitler seine Aktivitäten nach Süden richten würde, und warnte Szembek davor, daß ein polnisch-deutscher Konflikt um Danzig ausbrechen würde. Im übrigen beharrte die Mehrheit der Armee auf der Kooperation mit Frankreich, und der polnische Militärattaché in Berlin, Oberst Antoni Szymański, warnte immer wieder vor der deutschen Gefahr. Auch die Armeezeitung „Polska Zbrojna" war antideutsch eingestellt und veröffentlichte etwa am 26. Jänner 1937 einen Artikel über die Penetration des Nationalsozialismus in Österreich[89].

Auch die katholische Kirche war mit der Beckschen Außenpolitik nicht ganz einverstanden. Als Kardinal-Primas Hlond zum Katholiken-Weltkongreß 1937 nach Budapest fuhr und dem „Pester Lloyd" und der „Reichspost" Interviews gab, polemisierte „Der Angriff" gegen den „Paladin der Habsburger". Gerade den polnischen Katholiken konnte es nicht gleichgültig sein, was mit dem ka-

87) Vgl. Przegralek, Beziehungen (wie Anm. 6), passim.
88) Vgl. Raina, Stosunki polsko-niemieckie (wie Anm. 1).
89) Szembek, Journal (wie Anm. 61), S. 185; AAN, MSZ, Mappe 3445, S. 4.

tholischen Österreich geschah, wußten sie doch von der Verfolgung der Katholiken in Deutschland seit 1933. Kardinal Hlond äußerte sich noch Anfang Februar 1938: „Polen hat sehr viel Sympathie für Österreich." Er verwies auf den gemeinsamen katholischen Glauben und die gemeinsamen historischen Ereignisse. Das Illustrierte Wochenblatt der Diözese Tschenstochau übernahm ein Interview eines Vertreters der katholischen Arbeitergewerkschaften Österreichs, Dr. Viktor Matejka, für den Londoner „Catholic Herald", in dem dieser deklarierte, die katholischen Arbeiterkreise Österreichs würden sich nicht ohne Kampf ergeben[90].

Trotz des deutlichen Unbehagens in Armee und Kirche setzte Beck seine Außenpolitik in den letzten Monaten vor dem Anschluß konsequent fort. Am 2. Dezember 1937 kam der französische Außenminister Delbos nach Warschau, führte Gespräche mit Beck und Generalinspekteur Rydz-Śmigły und wollte den polnischen Standpunkt zur österreichischen Frage und zur Zusammenarbeit mit der ČSR kennenlernen. Aber Beck sagte mit größter Wahrscheinlichkeit die baldige Durchführung des Anschlusses voraus. Die französische Presse hatte noch gehofft, daß Polen der Aufrechterhaltung des status quo in Mitteleuropa große Bedeutung beimesse, sich für die Unabhängigkeit Österreichs interessiere und keineswegs für eine Schwächung der ČSR sei. Als aber Delbos am 22. Dezember vor der Parlamentarischen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten die Antwort Becks mitteilte: Anschluß im Frühjahr 1938, griff die französische Presse Beck empört an[91].

Am 10. Jänner 1938 hielt Beck vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm sein jährliches Exposé. Er betonte noch die Wichtigkeit des Laval-Mussolini-Abkommens von 1935 für die polnische Politik in bezug auf den Donauraum, erklärte aber lapidar: „Ähnlich sind wir auch im Donaubecken um die Aufrechterhaltung unserer traditionellen Freundschaften bemüht"[92].

Am 13. Jänner 1938 erfolgte der nächste Staatsbesuch Becks in Berlin. In Begleitung Lipskis wiederholte er gegenüber Hitler, Göring und Neurath seinen Standpunkt von 1937. Polen betreibe im Donauraum keine Großmachtpolitik und habe an Österreich keine speziellen politischen Interessen. Damit schwächte er sein Sejm-Exposé ab. Göring versprach Verständnis für die polnischen Wirtschaftsinteressen in Österreich (sic!). Als aber für den 15. Jänner 1938 der Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinović in Berlin angesagt wurde und das Auswärtige Amt schon anrief, ob Beck nicht an einem Mittagessen für Stojadinović teilnehmen wolle, reiste der polnische Mi-

90) HHStA, NPA Nachlaß Hornbostel, Kart. 264 alt; „Posener Tagebuch", Jg. 80, Nr. 30, 8. 2. 1938.

91) Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. III, S. 407; Cat-Mackiewicz, Polityka Becka (wie Anm. 6), S. 136f.; Kazimiera Mazurowa: Europejska polityka Francji 1938–1939 [Die europäische Politik Frankreichs 1938–1939], Warszawa 1974, S. 18ff.

92) Zbiór dokumentów 1938 (wie Anm. 52), Nr. 2, S. 43.

nister fluchtartig nach Cannes ab. Beck wollte nicht den Anschein eines ostmitteleuropäischen Blocks unter Führung Deutschlands aufkommen lassen[93].

Der Ballhausplatz ahnte, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau weiter fortgeschritten waren. Die Bestätigung kam am 10. Februar vom Warschauer Gesandten Schmid, der vom deutschen Gesandten Moltke gehört hatte, daß Beck in Berlin zu verstehen gegeben habe, der Pro-Stresa-Passus in seinem letzten Sejm-Exposé sei ausschließlich „platonischer Natur" gewesen[94].

Nach dem Ultimatum von Berchtesgaden bezog die polnische Regierung eine „Haltung skeptischer Reserviertheit". Gawroński bemerkte in seinen Berichten, daß sich Schuschnigg bemühe, den praktischen Wert der Zugeständnisse zu unterlaufen. So entzog er dem neuen Innenminister Seyß-Inquart den Einfluß auf die Exekutive. Der „mäßig deutschgesinnte" Generalmajor Böhme löste zwar Jansa als Generalstabschef ab, Generalinspektor des Heeres aber wurde der „nicht deutschgesinnte" General Schilhawsky. Andererseits kritisierte Gawroński Schuschnigg, daß er mit seiner Rede am 24. Februar die Chance einer Zusammenarbeit mit den national gesinnten Kreisen Österreichs vertan habe[95].

Als Göring am 23. Februar 1938 nach Warschau kam, kündigte er die baldige Vollziehung des Anschlusses an. Beck bemerkte nach dem Gespräch mit Göring: „Wir haben uns geeinigt – wir werden uns nicht zum zweiten Mal bei Wien schlagen." Beck hatte kurz nach seinem Gespräch mit Göring auch die Äußerung fallengelassen, der Anschluß sei ein geschichtlicher Prozeß, den „wir nicht stoppen können". „Der Westen wird sich sicher nicht dagegen stellen", prophezeite Beck, „und schon einmal erteilte er uns eine Lektion zur Zeit der Rheinland-Besetzung"[96].

Am 18. Februar 1938 hatte der Direktor des Politischen Departments am Quai d'Orsay, Réne Massigli, den polnischen Botschaftsrat Frankowski vor den weiteren Plänen Deutschlands gewarnt. Nach dem Anschluß werde es sich gegen die ČSR stellen, und der nächste deutsche „Wunsch" werde Danzig sein. Daher müsse Polen seine Rolle in der Regulierung der „Question" des Donaubeckens erfüllen. Aber Szembek bagatellisierte noch am 8. März die deutsche Gefahr für Österreich gegenüber Botschafter Noël: „Außerdem ist die Angelegenheit des politischen Systems in Österreich eine innere Angelegenheit die-

93) Lipski, Papers (wie Anm. 1), S. 323f.; Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 140; Wojciechowski, Stosunki (wie Anm. 1), S. 375ff.

94) Bericht Gesandter Schmid, Warschau, an Staatssekretär Schmidt, 10.2.1938 – HHStA, NPA Polen, G. Zl. 51.706–13/38, Kart. 718 alt.

95) Berichte Gesandter Gawroński an Außenminister Beck, 22. 2. und 25.2.1938 – AAN, MSZ, Mappe 3440, S. 42f., 48ff.; Gawroński, Moja misja (wie Anm. 1), S. 514f.

96) Starzeński, Trzy lata (wie Anm. 1), S. 111–115.

ses Staates, und ich bezweifle, daß wir ein Interesse haben, uns dort zu engagieren"[97].

Am 6. März 1938 eilte Beck nach Rom. Auf Mussolinis Frage, wie lange sich Österreich noch halten könne, antwortete Beck: „möglicherweise ein Jahr oder 48 Stunden". Außenminister Ciano, selbst kein allzugroßer Gegner des Anschlusses, wunderte sich über Becks hartnäckiges Desinteresse an der Anschlußfrage. Am 9. März einigten sich aber die beiden Außenminister, daß hinsichtlich der deutschen Expansion gegen Österreich und später der ČSR das Einverständnis mit Deutschland ein grundlegendes Element in der Politik beider Länder sei. Sie wollten aber die Beziehungen zu Jugoslawien, Ungarn und Rumänien gebessert wissen – gegen eine künftige deutsche Balkanexpansion. Vorläufig aber wartete Beck die österreichischen Ereignisse in Italien ab[98].

Am 12. März 1938 war Szembek nur formalistisch zum Anschluß zu vernehmen. Wenn Bundespräsident Miklas die neue „österreichische Regierung nominierte", dann solle man dies als gänzlich legal betrachten. Auf Anfrage Gawrońskis sprach sich Szembek zwar für die Gewährung politischen Asyls in der Wiener Gesandtschaft aus, besonders Juden wollte er aber nur möglichst wenige ins Land lassen; Ministerpräsident Felicjan Sławoj-Składkowski sprach von maximal 500. Am selben Tag gab es eine Konferenz zwischen Szembek (Beck war ja noch in Rom), Rydz-Śmigły und Sławoj-Składkowski. Rydz meinte, daß es nicht in Polens Interesse liege, sich gegen den Anschluß auszusprechen, andererseits rechne er mit der Zunahme deutscher Aggressivität, die sich nach der Besetzung Österreichs und der ČSR „gegen Polen richten könnte". Dennoch müsse sich Polen um eine Fortsetzung der Entspannungspolitik zu Deutschland bemühen; vielleicht ließen sich auch Vorteile in Danzig holen[99]. – Aber schon wenige Tage später meldeten die polnischen Konsulate in Leipzig und Essen, deutsche Bürger verlangten nun den „Korridor". Becks Hoffnungen auf eine Atempause erwiesen sich sehr bald als trügerisch[100].

6. Zusammenfassung

Die polnisch-österreichischen Beziehungen zwischen 1920 und 1938 waren einerseits von der historischen Voraussetzung geprägt, daß beide Staaten – Polen freilich nur zu etwa einem Viertel – Nachfolgestaaten der Habsburger-

97) Szembek, Journal (wie Anm. 61), S. 281ff.; Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. IV, S. 62f.

98) G. Ciano: Tagebücher 1937–1938, Hamburg 1948, S. 120ff.; Beck, Dernier rapport (wie Anm. 1), S. 146f.; Sierpowski (wie Anm. 49), S. 533f.

99) Szembek, Diariusz (wie Anm. 1), Bd. IV, S. 76, 81; Szembek, Journal (wie Anm. 61), S. 289f.; Wojciechowski, Stosunki (wie Anm. 1), S. 381.

100) AAN, Botschaft Berlin, Mappe 16, S. 92. Für die weitere Entwicklung bis zum 1. September 1939 vgl. vor allem H. Batowski: Europa zmierza ku przepaści [Europa wendet sich zum Abgrund], Poznań 1977.

monarchie gewesen waren. Daraus resultierten unmittelbar nach 1918/19 Options- und Flüchtlingsfragen, das Problem der Rückwanderung österreichischer bzw. polnischer Beamter und Eisenbahnangestellter und Fragen der Aufteilung gemeinsamer Archive, in den weiteren Jahren vor allem die im Friedensvertrag von Saint-Germain festgelegte Lieferung polnischer Steinkohle nach Österreich sowie weitere handels-, verkehrs- und sozialpolitische Probleme. Das zwischenstaatliche „Klima" konnte insgesamt dennoch als gut eingeschätzt werden, wofür auch eine Reihe von wechselseitigen Ministerbesuchen sprach.

Die zweite wesentliche Voraussetzung der polnisch-österreichischen Beziehungen lag im internationalen geopolitischen System begründet, das den Mittelstaat Polen zwischen den Großmächten Sowjetrußland und Deutschland plazierte, den Kleinstaat Österreich zwischen den Großmächten Deutschland und Italien. Damit wurden die polnisch-österreichischen Beziehungen immer wieder zu einer Resultante des Kräftespiels der Großmächte, das selbstverständlich von den Versailler Garantiemächten Frankreich und Großbritannien wesentlich bestimmt wurde. So war Polen vom Locarnopakt und den deutsch-sowjetischen Verträgen 1922 und 1926 ebenso betroffen wie Österreich in den dreißiger Jahren von der Zusammenarbeit zwischen Hitler und Mussolini, die alle den Keim des Revisionismus in sich trugen. Und je mehr sich Frankreich hinter die Maginotlinie zurückzog und Großbritannien ein Engagement östlich des Rheins ablehnte, umso entschiedener wurde die ostmitteleuropäische Politik von Deutschland, Italien und der Sowjetunion bestimmt.

In diesem zwischen 1920 und 1938 immer wieder sich ändernden europäischen Kräftegleichgewichtssystem konnte die österreichische Außenpolitik vorübergehend sogar als Vermittler zwischen Berlin und Warschau auftreten, als nach Locarno deutsch-polnische Auseinandersetzungen um Ausweisungen von Minderheitenangehörigen, um Zollfragen, um Grenzbefestigungen u. a. m. ausgebrochen waren. Diese aktive Rolle des Ballhausplatzes blieb freilich Episode; bald nach dem Machtantritt Hitlers wurde Österreich zum Objekt der deutsch-polnischen Politik.

Zwar hatten schon die beiden Hauptproponenten der polnischen Politik im Ersten Weltkrieg – Roman Dmowski und Józef Piłsudski – mit einem Anschluß des deutschsprachigen Österreich an Deutschland gerechnet, bis zu einem gewissen Grad als Kompensation für von Deutschland an Polen abzutretende Gebiete; ab 1919 agierte allerdings das wiedererstandene Polen als antirevisionistische Macht und unterstützte die französische Politik der Anschlußverhinderung. Nach der Enttäuschung über Locarno begann freilich der als Kriegsminister und Generalinspekteur der Streitkräfte an die Macht zurückgekehrte Piłsudski eine selbständigere Außenpolitik gegenüber dem Quai d'Orsay. Das zeigte sich erstmals in der zurückhaltenden Kritik Polens gegenüber dem deutsch-österreichischen Zollunionsplan 1931.

Als freilich Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, stellte er sehr rasch

die Revisionsfrage wie die Anschlußfrage in verschärfter Weise zur Diskussion. Damit waren Polen und Österreich in gleicher Weise herausgefordert. Piłsudski überlegte tatsächlich einen Präventivschlag gegen die östlichen Provinzen Deutschlands, Dollfuß reagierte mit dem Verbot der NSDAP in Österreich. Da allerdings die französischen Politiker und Militärs von einem Präventivkrieg gegen Hitler-Deutschland abrieten, begann die polnische Außenpolitik einen Ausgleich mit Hitler und der Wilhelmstraße zu suchen. Als Kompensationsobjekt bot sich dabei Polens Interesse bzw. Desinteresse an der Anschlußfrage an, auch wenn dies von Warschau – und später auch von Berlin – immer wieder dementiert wurde. Das gemeinsame Kommuniqué vom 16. November 1933 und die am 26. Januar 1934 vereinbarte deutsch-polnische Nichtangriffserklärung stellten jedenfalls eine grundsätzliche Wende in der deutschen wie polnischen Außenpolitik dar, und Österreich wurde in der internationalen Presse allgemein als Objekt der neuen deutsch-polnischen Détente betrachtet. Warschau habe dem Österreicher Hitler freie Hand für sein Vorgehen gegenüber der alten Heimat gegeben. Der polnische Botschafter in Paris bestätigte seinem österreichischen Kollegen, Polen habe es satt, daß man solange über den „Korridor" gesprochen habe.

Der französische Botschafter in Warschau sah die Außenpolitik Piłsudskis auch von seinem Rußlandhaß geleitet, der im übrigen auch in der Armee anzutreffen sei; darauf könne sich daher Außenminister Beck auch nach dem Tode Piłsudskis stützen. Daß sich der Druck Deutschlands gegen Österreich und den Donauraum richte, sei Polen natürlich recht, auch wenn es weder den Anschluß noch eine Konflagration wegen mitteleuropäischer Fragen wolle. Der konservative Krakauer „Czas" machte aber unmißverständlich klar: „Nicht nur uns, sondern auch den Franzosen gelüstet es nicht, die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, zumal an dem Tag, an dem die Österreicher selbst ihrer überdrüssig werden." Und Beck erinnerte am 12. Juni 1935 seinen Stellvertreter Szembek an eine Bemerkung Piłsudskis aus dem Jahre 1921: In Europa gebe es zwei Staaten, welche früher oder später vernichtet würden – Österreich und die Tschechoslowakei. Man müsse nur wissen, welcher der beiden früher zugrundeginge.

Dem Ballhausplatz blieb natürlich das Prinzip des Nicht-Engagements der polnischen Außenpolitik im Donauraum nicht unbekannt, ebenso nicht die guten Beziehungen des polnischen Gesandten Gawroński zum deutschen Sonderbotschafter von Papen in Wien. Noch auffälliger war die Zurückhaltung Polens zum deutschen Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland und zum deutsch-österreichischen Juliabkommen, auch wenn letzteres einen Exportrückgang für die polnische Kohle nach sich zog. Und Außenminister Beck ging bei seinem Besuch in Berlin im Januar 1937 noch weiter, wenn er erklärte, daß ihn Österreich nur handelspolitisch interessiere. Bei einer Durchreise durch Wien Anfang Oktober 1937 erteilte er schließlich dem Staatssekretär Schmidt bereits Kapitulationsvorschläge gegenüber Deutschland, um Europa

einen zwanzigjährigen Frieden zu sichern. Der langjährige österreichische Gesandte in Warschau, Hoffinger, glaubte in seiner Beurteilung der polnischen Außenpolitik durchaus Vorteile für Warschau erblicken zu können. Polen habe durch die Deklaration vom Januar 1934 die Sicherheit erhalten, nicht das erste Opfer eines militärisch wiedererstarkten Deutschlands zu werden. Denn es werde für Hitler-Deutschland nur schwer möglich sein, die Welt nach Ablauf der zehn Vertragsjahre von der „Untragbarkeit" der Ostgrenzen zu überzeugen.

Trotz ausführlicher Vorbereitung kam das deutsch-österreichische bzw. das deutsch-polnische Problem beim Staatsbesuch des Staatssekretärs Schmidt im Oktober 1937 in Warschau im Gesprächsprogramm mit Außenminister Beck nicht vor. Beide Seiten nahmen offensichtlich auf das ohnehin mißtrauische Berlin Rücksicht, und das zu einem Zeitpunkt, als Hitler gerade seine in der Hoßbach-Niederschrift festgehaltenen Aggressionspläne zusammenfaßte. Schmidt war freilich nicht die starke deutsche Einflußnahme in Warschau entgangen.

Die anschlußfreundliche Strömung in Polens Außenpolitik fand nicht die Zustimmung aller einflußreichen gesellschaftspolitischen Kräfte. So bekämpfte die nationaldemokratische Opposition die „prodeutsche" Politik im Sejm, so beharrte die Heeresführung unter Generalinspekteur Rydz-Śmigły und Armeeinspekteur Sosnkowski auf der Zusammenarbeit mit Frankreich und warnte vor einer „Penetration des Nationalsozialismus in Österreich", so tat Kardinal-Primas Hlond am Katholiken-Weltkongreß in Budapest 1937 seine Sympathien für das katholische Österreich kund.

Dennoch fuhr Beck Mitte Januar 1938 zu seinem nächsten Staatsbesuch nach Berlin und präzisierte seinen Standpunkt, daß Polen keine speziellen politischen Interessen an Österreich habe. Und als der preußische Ministerpräsident Göring Ende Februar 1938 zum Gegenbesuch nach Warschau kam, gab Beck bekannt: „Wir haben uns geeinigt – wir werden uns nicht zum zweiten Mal bei Wien schlagen." Auch französische Warnungen halfen nicht mehr, daß sich die Forderungen Berlins nach Wien und Prag an Warschau richten würden. Polen wolle sich nicht in Angelegenheiten des politischen Systems in Österreich einmischen.

Wie wir wissen, war Polens Außenpolitik – gerade im Zusammenhang mit der Anschlußfrage – mehreren Fehleinschätzungen erlegen: Polen unterschätzte die Konstante in Deutschlands Außenpolitik, bei günstiger Gelegenheit die Revisionsfrage – jedenfalls in bezug auf Ostoberschlesien, Danzig und den „Korridor" nach Ostpreußen – aufzuwerfen. Dabei mußte klar sein, daß diese Forderungen unter nationalem Prätext umso wirksamer zu vertreten waren, je erfolgreicher die „Heim ins Reich"-Politik bereits in Österreich und in der Tschechoslowakei (hinsichtlich der Sudetendeutschen) angewendet werden konnte. Polen unterschätzte aber noch mehr die grundsätzliche Aggressionsabsicht Hitlers, Lebensraum im Osten zu gewinnen. Diese schriftlich wie

mündlich verkündete Forderung konnte nicht in erster Linie gegen Österreich und die Tschechoslowakei gerichtet sein, da ja beide Staaten keine zusätzliche Ernährungsbasis abgaben; die Forderung mußte in erster Linie gegen Polen und die Sowjetunion gerichtet sein. Polens Außenpolitiker hofften, durch einen modus vivendi mit dem Österreicher Hitler, diesen in Richtung Donauraum ablenken zu können, um damit Zeit zu gewinnen. Der vermeintliche Zeitgewinn verschlechterte allerdings das militärische Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Polen zuungunsten Polens, vor allem bei den modernen Waffen. Schließlich übersah Polens Außenpolitik, daß ihre Ablenkungsstrategie unter Umständen zu rascheren Erfolgen der NS-Außenpolitik im Donauraum führen konnte, wie sich 1938 zeigte. Mit der damit gewonnenen zusätzlichen Dynamik wandte sich freilich die Aggressionspolitik Hitlers nur umso rascher gegen Polen.

Zwar wurden Polens Außenpolitiker im Inland wie im Ausland vor ihrem Anpassungskurs an Deutschland gewarnt; dennoch ist nicht zu übersehen, daß auch Großbritannien und Frankreich in der Anschlußfrage und in der Sudetenfrage keinen ernsthaften Widerstand leisteten und die Dynamik unterschätzten, die der „Anschluß" Österreichs der NS-Außenpolitik verleihen würde.

Summary

Poland and Austria 1920–1938
Between Cooperation and Anschluss.

Polish-Austrian relations between 1920 and 1938 mainly were characterized by the historical presupposition that both states – actually only one third of Poland – had been succession states of the Hapsburg monarchy. Immediately after 1918/19, this led to problems concerning option and refugees, and in the following years especially to the delivery of Polish mineral coal to Austria which had been stipulated in the Peace-Treaty of Saint-Germain.

The second important presupposition had its basis in the international geopolitical system which placed the central state of Poland between the great powers of Soviet Russia and Germany, and the small state of Austria between the great powers of Germany and Italy. Thus Polish-Austrian relations have become again and again resultants of the distribution of forces of the great powers, a fact obviously determined in its fundamentals by France and Great Britain, the guarantee powers of Versailles. In this European balance system of forces, which often has been changing between 1920 and 1938, Austrian foreign policy was able – at least for a certain period – to appear as a mediator between Berlin and Warsaw, when after Locarno it came to German-Polish conflicts as regards expulsions of members of the minorities, customs questions, frontier fortifications etc.

Soon after Hitler's seisure of power, Austria became the object of German-Polish policy. Very soon Hitler threw open to discussion the questions of revision as well as of anschluss in a very rigorous way. Thus Poland as well as Austria were challenged in similar ways. Piłsudski thought about a preventive fight against the eastern provinces of Germany, Dollfuss reacted by banning the Nazi party (NSDAP) in Austria. Influen-

ced by French politicians and military men dissuading from a preventive war against Hitler-Germany, Polish foreign policy began to look for an arrangement with Hitler and the Wilhelmstrasse. As an object of compensation appeared Poland's interest in resp. indifference towards the question of anschluss, although Warsaw – and later Berlin as well – continued to deny this fact. Anyway, the bilateral communiqué of 16 November 1933 and the German-Polish non-aggression pact stipulated on 26 January 1934 represented a fundamental change in German as well as Polish foreign policy, and in the international Press Austria in general was regarded as an object of the new German-Polish détente. In their opinion, Warsaw had given the Austrian Hitler a free hand as regards his activities towards his old native country.

Poland's foreign policy – especially in connection with the anschluss question – suffered from several false judgements: Poland underestimated the constant in Germany's foreign policy as regards the wish to use any opportunity to raise the question of revision – at any rate with regard to East Upper Silesia, Danzig and the "corridor" to East Prussia. It should be clear, though, that these claims under national pretext could be put forward the more effective, the more successful the "home to the Reich" policy had been practised before in Austria and Czechoslovakia (as regards the Sudeten-Germans). Even more, however, did Poland underestimate Hitler's fundamental aggressive intention to gain lebensraum in the east. By finding a modus vivendi with the Austrian Hitler, Poland's foreign politicians hoped to distract his intentions into the direction of the Danubian region in order to gain time. This supposed saving of time, however, deteriorated the military proportion of forces between Germany and Poland to the disadvantage of Poland. Finally Poland's foreign policy failed to notice that its strategy of distraction possibly could lead to a quicker success of Nazi foreign policy in the Danubian region, as became apparent in 1938. Tith the aid of the dynamics gained by this, Hitler's aggressive policy, however, turned the sooner against Poland.